

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Haushaltsplan 2005/2006

- Änderungen von Ansätzen im Haushaltsjahr 2006
- Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006
- Aufhebung von Ansatzsperrern im Haushaltsjahr 2006
- CCH-Erweiterung

Gliederung

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------|
| 1. Anlass und Zweck der Mitteilung | 3.3 Haushaltstechnische Korrekturen |
| 2. Finanzpolitische Rahmenbedingungen und aktuelle Haushaltslage Hamburgs | 3.4 Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006 |
| 3. Ansatzänderungen im Haushaltsjahr 2006 und Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006 | 3.5 CCH-Erweiterung |
| 3.1 Einzelplanbezogene Anpassungen | 3.6 Kennzahlen des Haushaltsplans 2006 |
| 3.2 Einzelplanübergreifende Anpassungen | 4. Aufhebungen von Ansatzsperrern im Haushaltsjahr 2006 |
| | 5. Petikum |
| | Anlagen zur Mitteilung |

1. Anlass und Zweck der Mitteilung

Der Senat legt mit dieser Mitteilung eine Drucksache

- über Ansatzänderungen im Haushaltsjahr 2006 sowie
- über Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006

vor (vgl. Abschnitt 3). Die Drucksache ist insbesondere auf Grund veränderter Entwicklungen im Haushaltsjahr 2006 in den Bereichen

- Einzelplan 4: „Hilfen zur Erziehung“ und „Sozialhilfe“
- Einzelplan 6: „Wohngeld“
- Einzelplan 7: „Unterbringung von Baggergut“

erforderlich. Insgesamt ergibt sich durch die Aktualisierung des Haushaltsplans 2006 eine leichte Erhöhung des Überschusses im Betriebshaushalt in 2006 um knapp 7 Mio. Euro auf 8,7 Mio. Euro. Das Gesamtfinanzierungsdefizit beträgt in 2006 dann immer noch 864,0 Mio. Euro.

Parallel wird die Bürgerschaft mit dieser Drucksache um die Aufhebung von Ansatzsperrern im Haushaltsjahr 2006 gebeten (vgl. Abschnitt 4).

2. Finanzpolitische Rahmenbedingungen und aktuelle Haushaltslage Hamburgs

Die neue Bundesregierung hat die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu einem ihrer zentralen Ziele erklärt.

„Deutschland braucht eine nationale Anstrengung auf allen Ebenen, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu steigern und die strukturelle Unterdeckung der öffentlichen Haushalte durch gemeinschaftliche Konsolidierungsanstrengungen und Strukturreformen zu beseitigen. Die Sicherung der Tragfähigkeit und der Qualität der öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit eine zentrale Herausforderung für die Finanz- und Haushaltspolitik. Die Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, dass eine durchgreifende Haushaltskonsolidierung einen Beitrag leistet, die Weichen wieder auf Wachstum zu stellen, weil sie das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die Kontinuität der künftigen Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik fördert.“

(Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Bundesebene)

Neben der Prüfung aller Einsparpotenziale auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts sollen Einnahmeverbesserungen erzielt werden durch die Beseitigung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, den Abbau von Steuervergünstigungen und die Erhöhung der Umsatzsteuer. Es ist geplant, ein Drittel der Umsatzsteuererhöhung zur Senkung der Lohnzusatzkosten und zwei Drittel zur Konsolidierung der Haushalte zu verwenden.

Auch die Haushalte von Ländern und Gemeinden werden nach heutiger Einschätzung durch die geplanten Gesetzesvorhaben der neuen Bundesregierung entlastet. Für Hamburg bedeutet dies, dass nach den Konsolidierungsprogrammen der vergangenen Jahre (Jesteburg I und II, Konsolidierungsprogramm 2005/2006) zunächst kein weiteres „Sparpaket“ geschnürt werden muss.

Dazu trägt auch die sich wieder stabilisierende Entwicklung der Hamburg verbleibenden Steuern bei. Die November-Steuerschätzung 2005, über die der Senat die Bürgerschaft mit der Drucksache 18/3192 unterrichtet hat, hat die im Haushaltsplan 2005/2006 veranschlagten Steuereinnahmen im Wesentlichen bestätigt. Die Entwicklung bleibt jedoch mit Risiken behaftet, da die Stabilisierung vor allem auf sinkenden Beitragszahlungen Hamburgs in den Länderfinanzausgleich beruht. Hinzu kommt, dass die konjunkturelle Erholung mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von real 1,2 % für 2006 weiterhin verhalten verläuft.

Neben den Steuereinnahmen sind auch die Transferzahlungen an Bezieher von sozialen Leistungen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Insofern besteht für Hamburg auf Grund möglicherweise steigender Fallzahlen ein Risiko bei den Ausgaben für „Hartz IV“.

Darüber hinaus bestehen weitere Risiken für das Haushaltsjahr 2006 bzw. die Haushaltsjahre 2007/2008:

- Die Europäische Zentralbank hat am 1. Dezember 2005 ihren Leitzins auf 2,25 % erhöht. Steigende Zinssätze können zu Mehrausgaben bei den Zinsen führen.
- Hinsichtlich der Entwicklung der Bedarfe für Besoldungs- und Tarifanpassungen geht der Senat für die Jahre 2006 bis 2008 von nur geringfügigen Steigerungen aus. Fielen die Abschlüsse jedoch höher aus, hätte dies unmittelbare Haushaltsbelastungen bei den Personalausgaben zur Folge.
- Auf Grund der gestiegenen Inanspruchnahme im Jahr 2005 muss mit Mehrbedarfen bei den Hilfen zur Erziehung in Höhe von rd. 15 Mio. Euro gerechnet werden.
- Das Bundesverfassungsgericht prüft zurzeit die Verfassungsmäßigkeit der Spielgerätesteuern. Sollte sich herausstellen, dass die Spielgerätesteuern in der bisherigen Form verfassungswidrig ist, müssten die erhobenen Steuern zumindest teilweise zurückgezahlt werden. Für Hamburg wird das Risiko auf rd. 80 Mio. Euro geschätzt.
- Sofern Deutschland auch im Jahr 2007 die Maastricht-Kriterien verletzen sollte, drohen Einlagen und Strafzahlungen in Milliarden-Höhe. Nach den Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zur Föderalismusreform entfielen auf die Länder ein Anteil von 35 % der dann zu leistenden Zahlungen, die sich zu 35 % nach der Einwohnerzahl eines Landes und zu 65 % nach seinem Defizit richteten. Für Hamburg bedeutet dies ein Risiko von über 100 Mio. Euro.

Vor diesem Hintergrund hält der Senat es für notwendig, den eingeschlagenen Weg der verantwortungsbewussten

Konsolidierung ohne Abstriche fortzusetzen. Nur so können die Haushaltsverbesserungen von heute zu neuen Handlungsmöglichkeiten von morgen werden. Auch die öffentlichen Haushalte müssen sich an der Leitlinie privater Haushalte orientieren: Ausgegeben werden kann nur, was auch eingenommen wird.

3. Ansatzänderungen im Haushaltsjahr 2006 und Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006

3.1 Einzelplanbezogene Anpassungen

3.1.1 Anpassungen in den Einzelplänen 1.2 bis 1.8

Konkretisierung aufgabenkritischer Maßnahmen „Tiefbau/Grün“, „Kita-Gutschein-System“ und „Verzicht auf den Zufuhrdienst“ sowie Auflösung der bisher hierfür veranschlagten globalen Minderausgaben

Die auf Grund von „Jesteburg I“ im Einzelplan 1.7 noch bestehende globale Minderausgabe in Höhe von 1.754 Tsd. Euro („Tiefbau und Grünpflege“) wird durch Absenkung der Personalausgaben in den Einzelplänen 1.2 bis 1.8 aufgelöst.

Ferner hatte der Senat weitere aufgabenkritische Maßnahmen beschlossen, die zu zusätzlichen Haushaltsverbesserungen führen sollen. Die bisher hierfür eingestellte globale Minderausgabe im Einzelplan 1.6 in Höhe von 600 Tsd. Euro („Vereinfachung der Beitragsberechnung Kita-Gutschein-System“) wird ebenfalls mit dieser Drucksache durch Absenkung der Personalausgaben in den Einzelplänen 1.2 bis 1.8 aufgelöst.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die in diesem Zuge vorgesehene Maßnahme „Verzicht auf den Zufuhrdienst“ in Höhe von 1.000 Tsd. Euro nicht umsetzbar ist. Die zum Ausgleich hierfür vorsorglich im Einzelplan 1.3 veranschlagte globale Minderausgabe wird daher hiermit aufgelöst.

3.1.2 Anpassungen im Einzelplan 2

Zahlungen auf Grund gesetzlicher Leistungen – ohne Strafvollzug (Deckungskreis 10) – Auswirkungen von Gesetzesänderungen und Mehrbedarfe

Im Deckungskreis 10 sind auf Grund der Auswirkungen des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und der Insolvenzrechtsreform sowie Fallzahlensteigerungen im Bereich der Betreuungsangelegenheiten und Mahnverfahren Mehrausgaben im Bereich der Gerichte zu erwarten, die innerhalb des Einzelplans durch zusätzliche Einnahmen, die im ursächlichen Zusammenhang mit den Ausgaben stehen, gedeckt werden können. Mit der Drucksache 18/3055 hat die Bürgerschaft für diese Zwecke in 2005 insgesamt 9,6 Mio. Euro nachbewilligt.

Die Ausgabenentwicklung im Deckungskreis 10 für das Haushaltsjahr 2006 kann noch nicht endgültig eingeschätzt werden, da nicht absehbar ist, wann die Auswirkungen des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes in vollem Umfang zum Tragen kommen. Gleiches gilt für die finanziellen Auswirkungen des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes. Deshalb werden die entsprechenden – mit Drucksache 18/3055 veränderten – Ansätze von 2005 auf 2006 „überrollt“ (vgl. im Einzelnen Anlage 2).

Justizvollzug, Veräußerung der in den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten gefertigten Erzeugnisse

Die Justizbehörde beabsichtigt, Erzeugnisse, die in den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten gefertigt wer-

den, über private Agenturen zu veräußern. Einnahmen aus dem Verkauf von Eigenprodukten sollen den entsprechenden Ausgaben zufließen. Hierfür werden durch Neueinrichtung eines Einnahmetitels und Erweiterung der bestehenden Haushaltsvermerke bei den korrespondierenden Ausgabetiteln die entsprechenden haushaltstechnischen Voraussetzungen geschaffen.

Konkretisierung der Globalen Minderausgabe „Verlagerung von Justizvollzugsanstalten“

Im Haushaltsplan 2005/2006 war für das Haushaltsjahr 2006 im Zusammenhang mit der Verlagerung von Justizvollzugsanstalten zunächst eine globale Minderausgabe in Höhe von 700 Tsd. Euro eingestellt worden. Im Zuge der Konkretisierung der aufgabenkritischen Maßnahmen sind die Standorte des Moritz-Liepmann-Hauses und der Sozialtherapeutischen Anstalt Altengamme bereits aufgegeben worden, die JVA Vierlande soll zum 1. Februar 2006 geschlossen werden. Durch diese Maßnahmen kommt es zu strukturellen Einsparungen in Höhe von 700 Tsd. Euro, die zur Konkretisierung und Auflösung der globalen Minderausgabe führen.

Reorganisation der Justizbehörde

Die Justizbehörde hat in den letzten beiden Jahren umfangreiche Umstrukturierungen vollzogen, mit dem Ergebnis, dass nach der Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz in die Zuständigkeit der Bezirke die Zahl der Ämter von drei auf zwei reduziert werden kann. Der Leitungsbereich der verbleibenden beiden Ämter (Justizverwaltung und Strafvollzug) ist nach den Besoldungsgruppen B 6 (Leitung) und B 3 (Vertretung) einzustufen. Deshalb soll die Stelle der Leitung des Justizverwaltungsamtes von bisher Leitende/Leitender Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor B 3 in Senatsdirektorin/Senatsdirektor B 6 gehoben werden. Im Gegenzug erhält die Stelle Leitung des Justizamtes Senatsdirektorin/Senatsdirektor B 6 den Haushaltsvermerk „ku in Leitende/Leitender Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor B 3 nach Freiwerden der Stelle“. Der temporäre Mehrbedarf wird im Rahmen des Personalbudgets der Justizbehörde finanziert. Die sich hieraus ergebende Änderung des Stellenplans 2006 ist in Anlage 5 dargestellt.

3.1.3 Anpassungen im Einzelplan 3.1

Gebühreneinnahmen der Jugendmusikschule

Um die Familien zu entlasten, soll die im Rahmen der Beratungen über den Haushalt 2005/2006 vorgesehene Einnahmesteigerung in Höhe von 1,2 Mio. Euro durch eine Erhöhung der Gebühren der Jugendmusikschule deutlich geringer ausfallen. Auf Grund der Änderungen der Gebühren der Jugendmusikschule im Rahmen der Vierten Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für das Schulwesen sowie für die Bereiche der Berufsbildung und der allgemeinen Fortbildung vom 28. Juni 2005 (HmbGVBl. S. 247 ff) werden jetzt Mehreinnahmen in Höhe von rd. 645 Tsd. Euro erwartet. Die entsprechende Anpassung des Haushaltsplans wird mit dieser Drucksache vorgenommen.

Fahrgelder für Schülerinnen und Schüler

Mit dem Ziel, Hamburg zu einer familienfreundlicheren Stadt zu machen, ist u. a. die beschlossene Kürzung des Schülerfahrgeldes zurückgenommen worden. Insbesondere Sonderschülerinnen und Sonderschüler sollen auch

in Zukunft Zuschüsse zum Fahrgeld erhalten. Die veränderten Bedingungen sollen zum Jahresbeginn 2006 wirksam werden. Für das Haushaltsjahr 2006 ist eine Erhöhung des Ansatzes um 1,5 Mio. Euro vorgesehen (vgl. Drucksache 18/2469).

Neuberechnung der Kostenkennzahlen „Schülerjahreskosten 2005“ (Produktinformationen)

Nach dem Hamburgischen Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft wird die Höhe der Finanzhilfe an Privatschulen nach einem Vom-Hundert-Satz der Schülerjahreskosten berechnet. Maßgebend für die Schülerjahreskosten sind die Haushaltskennzahlen für das Vorjahr des Bewilligungsjahres wie sie im Haushaltsplan für das Bewilligungsjahr ausgewiesen sind. Auf Grund des Doppelhaushalts 2005/2006 wurde für das Haushaltsjahr 2006 eine Neuberechnung der Schülerjahreskosten 2005 erforderlich, da kostenerhöhende (Tarifsteigerungen 2004) bzw. -mindernde (Kürzung Urlaubs- u. Weihnachtsgeld) Faktoren zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans 2005/2006 noch nicht berücksichtigt werden konnten. Die Berechnung basiert auf den Werten der aktuellen Personalkostentabelle 2004. Eventuell hierdurch bedingte Mehrbedarfe werden im Rahmen bestehender Regelungen im Haushaltsbeschluss ausgeglichen. Die entsprechend angepassten Schülerjahreskosten sind als Anlage 3 zur Kenntnisnahme beigefügt.

Umsetzung der Sportrahmenvereinbarung

Mit den Beschlüssen zu Jesteburg II hatte der Senat eine konzeptionelle Neuausrichtung der Benutzung staatlicher Sportstätten durch anerkannte Vereine mit dem Ziel der Reduzierung der Bewirtschaftungskosten festgelegt. Die Reduzierung der Bewirtschaftungskosten wurde mit 3,5 Mio. Euro im Haushalt 2006 als Einnahme für die Benutzung von Sportstätten durch Vereine veranschlagt. Im Zuge der familienpolitischen Beschlüsse des Senats im Sommer 2005 hat der Senat die Absenkung der Einsparverpflichtung für den Sport von ursprünglich 3,5 Mio. Euro um 1,0 Mio. Euro auf 2,5 Mio. Euro beschlossen mit der Maßgabe, dem Sport anderweitige Angebote als die Erhebung von Nutzungsgebühren zur Erbringung der Einsparung zu unterbreiten. Im November 2005 konnte daraufhin eine „Rahmenvereinbarung zur Sportförderung“ ausgehandelt werden. Diese beinhaltet u. a.

- eine Absenkung der Einsparverpflichtung für 2006 um weitere 500.000 Euro auf damit insgesamt 2,0 Mio. Euro,
- den Verzicht auf die bisher vorgesehene Kostenbeteiligung der Vereine und
- die Erbringung der Einsparungen auf der Ausgabenseite durch Reduzierung der Personal- und Sachausgaben und deren Nachweis in der Haushaltsrechnung 2006.

Die Abbildung der Einsparungen im Haushaltsplan 2006 erfolgt vorerst durch die Veranschlagung einer globalen Minderausgabe im Einzelplan 3.1.

Zuwendung für ein Projekt zur Förderung der politischen Bildung

Im Rahmen einer PPP-Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale für politische Bildung der BBS und dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) ist beabsichtigt, ein dreijähriges Projekt über das Thema „Hamburgs Staatsfinanzen – Entwicklung und Zukunft“ durchzuführen. Das mehrstufige Projekt besteht aus folgenden Teilen

- Erstellung und Veröffentlichung eines Buches

- Entwicklung und Produktion eines Simulationsmodells zur Wirkung der Staatsverschuldung mit strategischen Lösungsstrategien
- Erstellung wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen als Grundlage politischer Bildung sowie zur direkten Verwendung in der Lehrerfortbildung und im schulischen Unterricht
- Vortrags- und Informationsveranstaltungen.

Eine teilweise Refinanzierung des Projekts ist durch Einnahmen aus Verkaufserlösen des Buches beabsichtigt; eine Einnahmeerwartung zur Haushaltsentlastung lässt sich derzeit nicht prognostizieren. Zur Förderung dieses Projekts sollen für 2006 beim neu einzurichtenden Titel 3290.685.20 Kassenmittel i. H. v. 125.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 150.000 Euro veranschlagt werden. Zugleich wird der Einnahmetitel 3290.119.01 für 2006 als Leertitel ausgewiesen.

3.1.4 Anpassungen im Einzelplan 3.2

Privatisierung der Suchtberatungsstellen

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005/2006 hat der Senat entschieden, die Aufgaben der drei staatlichen Suchtberatungsstellen neu zu strukturieren. Die damit einhergehenden Einsparungen im Personalkostenbereich von 300 Tsd. Euro p.a. sind bereits mit der Planaufstellung ab 2006 umgesetzt worden.

Mit Beschluss der Drucksache 18/2202 „Ausstiegsorientierte Reform der Suchtkrankenhilfe in Hamburg“ vom 3. Mai 2005 ist die Übertragung der Aufgaben der staatlichen Suchtberatungsstellen auf Freie Träger zum 1. Januar 2006 eingeleitet worden. Mitte Januar 2005 ist eine entsprechende Ausschreibung im Wege einer öffentlichen Bekanntgabe erfolgt, das Auswahlverfahren ist am 29. Juli 2005 erfolgreich abgeschlossen worden.

Die frei werdenden Mittel im Personal- und Sachkostenbereich im Umfang von 975 Tsd. Euro werden auf den Titel 3670.684.61 „Zuschüsse an Vereine und dgl.“ übertragen, da die Freien Träger im Rahmen der Zuwendungsfinanzierung die bisherigen Angebote weiter vorhalten. Weitere Änderungen des Ansatzes beim Titel 3670.684.61 ergeben sich aus der in diesem Zusammenhang organisatorisch sinnvollen Verlagerung des Projekts „Hamburger Institut für Drogen und Aids“ (HIDA) des Vereins Jugend hilft Jugend e.V. aus dem Bereich Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention in den Bereich Drogen und Sucht und der Beteiligung des Bereiches an der Errichtung eines Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) (vgl. Erläuterung zu 3.2). Ferner wird eine Aufstockung eines Ansatzes um 50 Tsd. Euro für Maßnahmen zum Spielerschutz aus dem Spielgerätesteueraufkommen berücksichtigt (Drucksache 18/2622).

Exzellenzinitiative

Die von den Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler am 23. Juni 2005 beschlossene „Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung für Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ kann hinsichtlich der Mittelbedarfe zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkretisiert werden. Die Finanzierung erfolgt bilateral zwischen Bund und Sitzland im Verhältnis 75:25. Der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Wissenschaftsrat eingesetzte Bewilligungsausschuss haben für die erste Bewilligungsrunde 2006 noch keine Entscheidungen zu den Bewerbungen der Hambur-

ger Hochschulen getroffen. Die Förderentscheidungen sollen im Herbst 2006 von den Wissenschaftsministerinnen und -ministern des Bundes und der Länder bekannt gegeben werden.

Lediglich der mit der „Exzellenzinitiative“ verbundene Verwaltungsaufwand bei der DFG ist für 2005/2006 errechnet und vereinbart. Der hamburgische Anteil beträgt für 2005 und 2006 zusammen gerundet 30.000 Euro und wird vereinbarungsgemäß 2006 für beide Jahre fällig.

Für den Vollzug der „Exzellenzinitiative“ soll daher im Einzelplan 3.2 „Behörde für Wissenschaft und Gesundheit“ die Einrichtung des programmatischen neuen Titels 3660.685.33 „Zuweisung an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Exzellenzinitiative“ eingerichtet werden; dessen Finanzausstattung beschränkt sich zunächst auf den vorgenannten Verwaltungskostenanteil.

3.1.5 Anpassungen im Einzelplan 3.3

Zuschuss an die Stiftung „Hamburger Öffentliche Büchereien“

Im Rahmen der Projekte zur „Förderung der Familien“ soll der Zuschuss an die Stiftung „Hamburger Öffentliche Büchereien“ für das Lesekistenprojekt in Kindertagesstätten im Haushaltsjahr 2006 einmalig um 40 Tsd. Euro erhöht werden.

3.1.6 Anpassungen im Einzelplan 4

Hilfen zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige

Im Bereich der „Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie“ besteht ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro auf Grund der gestiegenen Inanspruchnahme bei den Gemeinsamen Wohnformen (Hilfen nach § 19 SGB VIII). Des Weiteren besteht in 2006 auch ein Mehrbedarf bei den Hilfen zur Erziehung in Höhe von ca. 14,6 Mio. Euro. Der Berechnung des Mehrbedarfs liegen die Fallzahlen Ende September 2005 zugrunde. Mit der Drucksache 18/3194 ist für das Jahr 2005 bereits die nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 14,5 Mio. Euro nach § 37 Absatz 4 LHO bei der Bürgerschaft beantragt worden.

Familienförderung

Zur Verbesserung der Situation von Familien in Hamburg werden die Ansätze nachstehender Titel geändert:

- Ausbau der Hamburger Allianz für Familien durch Einrichtung einer Geschäftsstelle beim Büro für Familien-, Jugend- und Sozialpolitik (Gesamtmaßnahme 95 Tsd. Euro, Titel 4000.425.91, 4000.435.91, 4000.435.93 und 4450.534.01)
- Finanzielle Beteiligung der Behörde für Soziales und Familie in Höhe von 34 Tsd. Euro (Halbjahresbetrag) an der Errichtung eines Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) (Titel 4440.684.64, vgl. Punkt 3.2).
- Ausbau der frühen, rechtzeitigen Hilfen für Risikofamilien und vernachlässigte Kinder (450 Tsd. Euro) sowie Förderung der Integration ausländischer Familien in ihrem häuslichen Umfeld durch qualifizierte Hausbesucherinnen (Hausbesuchsprogramm HIPPEY; 69 Tsd. Euro, vgl. Titel 4450.684.13 sowie 39 Tsd. Euro, vgl. Titel 4700.684.03)

Ferner sollen die Mietverbilligungen in der bisher gewährten Form wegen unzureichender Verteilungs- und Zielerreichungswirkungen auslaufen. Die hierdurch freiwerdenden Mittel in Höhe von 400 Tsd. Euro sollen für die Förderung der Beteiligung kinderreicher Familien an Wohnprojekten und Baugemeinschaften sowie die Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation von Familien in Hamburg verwendet werden. Die beim Titel 4450.681.87 freiwerdenden Mittel werden auf die für diese Projekte einzurichtenden Titel (4450.685.05 und 4450.685.06) mit jeweils 200 Tsd. Euro umgeschichtet.

Förderung der Kinderbetreuung in Opferschutzeinrichtungen

Frauen, die Schutz in den Frauenhäusern suchen, werden in der Hälfte aller Fälle von ihren Kindern begleitet. Im Rahmen einer Überprüfung wurde festgestellt, dass für die dort untergebrachten Kinder in großem Umfang Hilfen nach dem SGB VIII angezeigt sind. Um eine kostengünstige und zügige Hilfestellung für die Kinder realisieren zu können, ist anstelle von Einzelfallhilfen nach dem SGB VIII vorgesehen, den Frauenhäusern zusätzliche Mittel für die Arbeit mit Kindern als Zuwendung zur Verfügung zu stellen. Hierfür wird ein entsprechender Titel als Leertitel neu eingerichtet, auf den Mittel im Wege der Deckungsfähigkeit übertragen werden können.

Hilfen zum Lebensunterhalt

Im Hinblick auf die im Jahre 2005 eingetretene Kosten- und Fallzahlenentwicklung erfolgt mit dieser Drucksache eine Anpassung der bisherigen Veranschlagung im Bereich der Hilfen zum Lebensunterhalt. Minderbedarfe in Höhe von insgesamt rd. 14,5 Mio. Euro ergeben sich insbesondere auf Grund der deutlich geringeren Fallzahlen bei den Sozialhilfeempfängern als im Haushaltsplan für 2005 und 2006 veranschlagt.

Konkretisierung der Globalen Minderausgabe für aufgabenkritische Maßnahmen bei Zuwendungen

Die im Haushaltsplan 2005/2006 für das Haushaltsjahr 2006 veranschlagte globale Minderausgabe in Höhe von 129 Tsd. Euro für bis dato noch nicht konkretisierte aufgabenkritische Maßnahmen im Bereich Soziales und Integration wird mit dieser Drucksache durch Reduzierung diverser Zuwendungen abgelöst:

– Titel 4610.682.02

Nach In-Kraft-Treten des SGB XII und der Neustrukturierung der Programme bei den niedrigschwelligen Arbeitsgelegenheiten sind Einsparungen gegenüber der bisherigen Veranschlagung möglich.

– Titel 4640.684.02

Eine Neuberechnung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ hat ergeben, dass der benötigte Ansatz zur Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und Modellvorhaben für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsaufwand geringer ausfällt, als veranschlagt.

– Titel 4640.684.03

Auf Grund der Beendigung des Projektes „equip“ nach dem Ausstieg der Pflegekassen aus der Mitfinanzierung besteht ein Minderbedarf.

– Titel 4670.684.63

Bei den Beratungsangeboten besteht auf Grund von Planungsänderungen ein Minderbedarf. Das Ziel der Stärkung der häuslichen Pflege wird im Kontext der Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur weiterverfolgt.

– Titel 4700.684.06

Durch Anmietung kostengünstigerer Räume für den Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. besteht ein Minderbedarf (gegenüber der Planung).

Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten

Vorgesehen ist die Grundinstandsetzung der Gebäude Südring und Klotzenmoorstieg. Die Maßnahmen dienen der Werterhaltung der Bausubstanz sowie der Anpassung an den heutigen technischen Standard. Die Gesamtkosten von rund 4,7 Mio. Euro sollen durch Investitionszuschüsse aus dem Haushalt finanziert werden. Für 2006 werden 643 Tsd. Euro veranschlagt, kompensiert durch Minderbedarfe bei den Zuschüssen an die Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg für Darlehen für neue Maßnahmen. Im Zuge der Neuorientierung der Wohnungsbauförderung ist hier vorgesehen, die Objektförderung beim Bau stationärer Pflegeeinrichtungen grundsätzlich einzustellen und eine investive Förderung von Wohnpflegeeinrichtungen künftig nur noch bei Einzelmaßnahmen mit Modellcharakter zu gewähren.

Die erforderlichen Ansatzänderungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Winterhuder Werkstätten für das Haushaltsjahr 2006 sind in Anlage 4 dargestellt.

3.1.7 Anpassungen im Einzelplan 6

Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

Im Hinblick auf die im Jahre 2005 eingetretene Bedarfsentwicklung wird die bisherige Veranschlagung wie folgt angepasst:

– Nach aktuellen Bedarfsschätzungen besteht beim Wohngeld (vgl. Titel 6100.231.02 und 681.86) ein Minderbedarf in Höhe von 18.000 Tsd. Euro. Wegen einer 2005 in Kraft getretenen rückwirkenden Änderung des Wohngeldgesetzes wird 2006 noch Wohngeld für Heimbewohner (Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen) gewährt werden müssen. Das Volumen wird auf bis zu 10 Mio. Euro geschätzt und soll aus dafür zu bildenden Haushaltsresten aus 2005 finanziert werden.

– Im Hinblick auf den in 2007 erwarteten Bedarf für Aufwendungen für die städtebauliche Sanierung und das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm (vgl. Titel 6100.547.10) wird die Verpflichtungsermächtigung um 1.500 Tsd. Euro gekürzt.

– Auf Grund aktueller Bedarfsschätzungen bei den Zinsausgleichszahlungen und bei dem Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (vgl. Titel 6100.661.50 und 6100.663.50) werden die Ansätze um insgesamt 7.500 Tsd. Euro abgesenkt.

Beseitigung unbefugter abgestellter Kfz

Auf Grund von Einnahmeausfällen in mehreren Bezirken (notwendig gewordene Niederschlagung von Forderungen) ist eine Deckungslücke entstanden, die weder in den Bezirken noch im Kapitel 6300 geschlossen werden kann. Statt des bisherigen Leertitels soll zur Abdeckung des

Mehrbedarfs einmalig ein Betrag von rd. 320 Tsd. Euro veranschlagt und der Titel künftig in den Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 aufgenommen werden. Die Deckung erfolgt im Rahmen der Minderausgaben bei 6100.661.50.

Arbeiten auf fremde Rechnung

Die Einnahmen beim Titel 6420.125.94 „Arbeiten für fremde Rechnung“ fließen dem korrespondierenden Leertitel 6420.546.94 mit gleicher Zweckbestimmung zu. Im Wesentlichen werden bei 6420.546.94 Ausgaben im Zusammenhang mit Verträgen mit Dritten für Reparaturarbeiten an der Öffentlichen Beleuchtung, an Lichtsignalanlagen, Parkuhren und Parkscheinautomaten geleistet. Beim Einnahmetitel werden die Schadenersatzleistungen von Privaten für durch sie verursachte Schäden an diesen Anlagen vereinnahmt. Der Ausgabebetitel soll in den Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 (Sach- und Fachausgaben) aufgenommen werden, um im Rahmen der Deckungsfähigkeit Mindereinnahmen bei nicht bezahlten Rechnungen (z. B. bei Insolvenzen) ausgleichen zu können. Er steht im engen Sachzusammenhang mit den Titeln 6420.542.01 „Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen“ und 6420.521.01 „Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschl. Zubehör“, die bereits in den Deckungskreis einbezogen sind.

Umstrukturierung der Anzuchtgärtnerei des Friedhofes Ohlsdorf

Die Bürgerschaft hatte der Einrichtung der Titel 8800.365.03 und 8800.891.02 im ehemaligen Einzelplan 8.2 bereits mit der Drucksache 17/2955 im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau auf Teilflächen der Anzuchtgärtnerei des Friedhofes Ohlsdorf für den Haushalt 2003 zugestimmt. Da sich die Realisierung der Maßnahme verzögert hat, müssen die Titel zur Abwicklung des Vorhabens für 2006 im zuständigen Kapitel 6800 neu eingerichtet werden. Die bereits vorhandenen Titel 6800.741.01 und 6800.741.05 sollen mit dem neuen Einnahmetitel mit Haushaltsvermerken verknüpft werden.

3.1.8 Anpassungen im Einzelplan 7

Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) / Förderung insbesondere innovativer Maßnahmen mittelständischer Unternehmen aus dem Fonds für regionale Entwicklung

Für ein von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit bei der EU-Kommission beantragtes Projekt im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung „Innovationsoffensive Mittelstand“ mit beantragten Gesamtkosten in Höhe von 4 Mio. Euro und einer Laufzeit von 24 Monaten sollen zwei Leertitel (7300.271.01 und 7300.971.03) zur haushaltstechnischen Abwicklung der EFRE-Zuweisungen veranschlagt werden. Die Hamburger Kofinanzierungsmittel (33 %) werden aus den Titeln 7300.526.02 „Externe Beratungsleistungen sowie Maßnahmen zur Vorbereitung innovativer Projekte“ und 7300.892.02 „Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (soweit nicht anderweitig veranschlagt)“ im Rahmen der veranschlagten Mittel geleistet. Generelle Zielsetzung des beantragten Projektes ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für technologische und organisatorische Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen.

Zuschuss an die Hamburg Port Authority zum Verlustausgleich, Titel 7500.682.02

Mit der von der Bürgerschaft am 22. Juni 2005 beschlossenen Drucksache 18/2332 „Hamburg Port Authority“ (HPA) ist der Haushaltsplan 2005/2006 durch die Gründung der HPA sowohl auf der Ausgaben als auch auf der Einnahmeseite verändert worden. Dabei sollten durch eine entsprechende Bemessung des Zuschusses zum HPA-Verlustausgleich die Auswirkungen im Saldo haushaltsneutral gehalten werden. Bei zwei Titeln des Betriebshaushaltes (7500.422.91 und 7500.534.61), die im Haushaltsjahr 2006 durch die Ausgliederung wegfallen, sind in der Drucksache fälschlicherweise zu hohe bisherige Ansätze ausgewiesen worden. Dadurch ist der Zuschuss zum HPA-Verlustausgleich 2006 um 357 Tsd. Euro zu hoch veranschlagt worden. Die erforderliche haushaltstechnische Korrektur soll durch Absenkung des Zuschusses an die HPA zum Verlustausgleich erfolgen. An den Zahlen des Gesamthaushalts ändert sich jedoch nichts.

Unterbringung Baggergut

Die Erhaltung der Wassertiefen im Hafen erfordert regelmäßig umfangreiche Baggerarbeiten. Ursache dafür sind ständig eintretende Sedimentablagerungen und der so genannte tidal-pumping-Effekt, bei dem der Flutstrom der Elbe wesentlich mehr Sedimente in Richtung Hamburger Hafen mit sich führt als der Ebbstrom in Richtung Nordsee wieder mit zurücknimmt. Dieser tidal-pumping-Effekt hat dazu geführt, dass die Baggergutmengen seit 1999 erheblich zugenommen haben. Während im Hafen einschl. Bundeswasserstraße (Delegationsstrecke) bis 1999 Unterhaltungsbaggerungen im Umfang von relativ konstant 2 bis 3 Mio. Euro p.a. erforderlich waren, sind diese Mengen seit dem Jahr 2000 bis 2004 auf rd. 9 Mio. Euro gestiegen. Im Jahr 2005 war es deshalb bereits erforderlich, mit kurzfristigen Maßnahmen die notwendigen Mindertiefen sicher zu stellen und Mittel unverzüglich nachzufordern (s. Drucksache 18/2847 vom 13. September 2005). Mit dem Land Schleswig-Holstein ist zur Vermeidung des tidal-pumping-Effekts vereinbart worden, jährlich 1,5 Mio. m³ Sedimentablagerungen in die Nordsee umzulagern.

Die Notwendigkeit, zukünftig Anteile des Gesamtaufkommens der Sedimentation nicht mehr innerhalb der Elbe umzulagern, sondern in die Nordsee zu verbringen, führt zu einem Anstieg der jährlichen Kosten der Baggergutunterbringung auf ca. 46,2 Mio. Euro. Weil in 2005 bereits ein Vorgriff auf das Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 5,0 Mio. Euro erforderlich ist, ist im Haushalt 2006 nach derzeitiger Einschätzung ein Kassenmittelansatz von 51,2 Mio. Euro und damit ein Mehrbedarf von 16,2 Mio. Euro erforderlich. Es ist geplant, die Bürgerschaft zu diesem Thema im Jahr 2006 im Rahmen einer Einzelvorlage ausführlich zu unterrichten.

Investitionszuschuss an das Berufs- und Informationszentrum des Gartenbaus (BIG)

Für Maßnahmen zur Energieeinsparung, Modernisierung des Schulungs- und Verwaltungsgebäudes und für Sanierungsmaßnahmen an den vermieteten Büro- und Wohngebäuden soll das BIG einen Investitionszuschuss in Höhe von 94 Tsd. Euro erhalten (Titel 7400.892.01). Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch Absenkung beim Titel 7300.742.01 „Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen“.

Einnahmen aus dem Verkauf von Sonderprodukten des Forstamtes

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Sonderprodukten (Titel 7400.125.03) sollen zukünftig vollständig (bisher 50 % der Mehreinnahmen) den Betriebsausgaben der Forstverwaltung (7400.521.01) zufließen.

3.1.9 Anpassungen im Einzelplan 8.1

Durchführung von Wahlen

Auf Grund der Neuwahlen vom 18. September 2005 (vgl. Drucksache 18/2848) entfällt die ursprünglich für Herbst 2006 vorgesehene Bundestagswahl. Die im Haushaltsplan 2006 bisher veranschlagten Mittel für die Bundestagswahl 2006 werden daher nicht mehr benötigt (vgl. Titel 8000.231.05, 8000.412.07 und 8000.511.07).

Zuschuss an die TÜV Hanse GmbH, Titel 8000.683.01

Zum Haushalt 2004 wurde im Rahmen der Veräußerung der Technischen Prüfstelle Hamburg (TPH) erstmals der erwartete Verlustausgleich aus der Beteiligung an der „TÜV Hanse GmbH“ eingestellt (vgl. Drucksache 18/308). Auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist es dem Unternehmen bislang nicht gelungen, ein positives Betriebsergebnis zu erreichen. Es muss daher eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2007 bedarfsgerecht in Höhe von 120 Tsd. Euro zur Abdeckung einer werthaltigen Verlustdeckungszusage ausgebracht werden.

Die bisher veranschlagten Kassenmittel werden dagegen nicht benötigt, weil das Unternehmen den voraussichtlichen Verlust in seiner Bilanz vortragen und – vor dem Hintergrund künftig zu erwartender positiver Jahresergebnisse – in den Folgejahren ausgleichen wird.

Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

In Anpassung an den realen Mittelbedarf wurde der Haushaltsrest 2004 beim Titel 8000.812.16 um 5.000 Tsd. Euro gekürzt. Im Gegenzug wird die Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2007 entsprechend erhöht.

Einnahme aus dem Verkauf des Grundstücks Am Husarendenkmal

Beim Titel 8500.131.05 wird ein neuer Haushaltsvermerk ausgebracht, mit dem die Möglichkeit geschaffen wird, über die bisherige Ermächtigung hinaus anteilige Einnahmen aus dem Verkaufserlös des Grundstücks Am Husarendenkmal auch für die Finanzierung von baulichen Investitionsvorhaben der Polizei einzusetzen (siehe folgende Erläuterung). Darüber hinaus wird der bisher schon vorhandene Haushaltsvermerk entsprechend angepasst.

Investitionszuschüsse für Maßnahmen der Polizei

Einrichtung eines neuen Leertitels mit Deckungsvermerk (Titel 8500.891.01), dem Einnahmen aus der Veräußerung des Grundstücks Am Husarendenkmal zufließen sollen. Aus diesem Titel sollen u. a. z. B. technische Einbauten in von der Polizei angemieteten Gebäuden finanziert werden.

Privatisierung Objektschutz

Im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Maßnahmen ist der Objektschutz u. a. für das Polizeipräsidium auf ein privates Sicherheitsunternehmen übertragen worden. Zur Finanzierung dieser Maßnahme sind 812 Tsd. Euro vom Personal- in den Sachhaushalt

dauerhaft zu übertragen (vgl. Titel 8500.517.70). Aus Anlass der Auftragsvergabe sind außerdem die Personalausgaben der Polizei um 165 Tsd. Euro (entsprechend 5 Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe VII BAT) dauerhaft abzusenken (vgl. Titel 8500.425.70).

Bewirtschaftung der Grundstücke

Für die von der Polizei angemieteten Objekte sind die Bewirtschaftungskosten beim Übergang auf das neue Gebäudemanagement (Anmietung der Objekte) zu gering bemessen worden. Auf Grund von Vertragsverhandlungen mit der IMPF (Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH) ergibt sich ein um 1.000 Tsd. Euro höherer Bedarf, der 2005 durch zentral veranschlagte Verstärkungsmittel abgedeckt werden konnte und ab 2006 zusätzlich zu veranschlagen ist.

Erlöse aus Diensten und wirtschaftlicher Tätigkeit für Dritte

Als Ergebnis einer Überprüfung durch den Rechnungshof wird der Prozentsatz der zufließenden Einnahmen geändert; künftig sollen 60 % der Einnahmen dem Gesamthaushalt zur Deckung der aus Anlass der Beratungstätigkeit im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes entstehenden Personalkosten verbleiben und nur 40 % sollen zur Verstärkung der Sachausgaben dienen.

Erstattung der Kosten für die Einrichtung und Betrieb eines Havariekommandos in Cuxhaven

Beim Titel „Erstattung der Kosten für die Einrichtung und Betrieb eines Havariekommandos in Cuxhaven“ (Titel 8580.632.01) ist ein Übertragbarkeitsvermerk auszubringen, um Zahlungsverpflichtungen (Abrechnungsspitzen) aus Vorjahren abdecken zu können.

Ausbringung eines Titels für Investitionen im Bereich des US-Generalkonsulats

Im Kapitel 8500 wird ein zusätzlicher Investitionstitel eingerichtet, um der Polizei die Möglichkeit zu eröffnen, im Rahmen der Planung von Baumaßnahmen zur Sicherung des US-Generalkonsulats die vorgesehenen Maßnahmen zentral über einen Titel abwickeln zu können.

3.1.10 Anpassungen im Einzelplan 9.1

Einführung des Spielvergnügungsteuergesetzes

Durch die Einführung des Spielvergnügungsteuergesetzes (HmbSpVStG) ist im Bereich der Steuerfestsetzung durch die Erweiterung der Besteuerungstatbestände, die aufwändigere Bemessungsgrundlage und die vermehrt notwendige Prüfung der erklärten Besteuerungsgrundlagen ein personeller Mehraufwand in Höhe von drei Stellen (1 Stelle Steueramtfrau/-mann A 11 und 2 Stellen Steuerhauptsekretär/in A 8) entstanden (vgl. Drucksache 18/2622).

Die sich hieraus ergebende Ergänzung des Stellenplans 2006 ist in Anlage 5 dargestellt.

Einrichtung von Leertiteln für Projekte zur Haushaltsmodernisierung

Das Haushaltswesen ist einem ständigen Wandel und Anpassungsprozess unterworfen. Wesentliche Änderungen auf Seiten der Kommunen und Länder werden durch die Einführung der „Doppik“ bewirkt, die regelhaft zu einer produkt- und ergebnisbezogenen Rechnungslegung und Haushaltswirtschaft führt. Diese Bestrebungen führen über neue Standards zur Notwendigkeit,

auf diese Entwicklungen rechtzeitig vorbereitet zu sein. Auf Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung sollen – über den Bereich der Gebührenerhebung hinaus – die Kosten und Leistungen der Produkte der Verwaltung ermittelt und künftigen Planungen zugrunde gelegt werden. In Projektarbeit werden die notwendigen Schritte hierzu geplant und vorbereitet. Dazu soll eine Titelgruppe Z 67 im Kapitel 9020 mit Leertiteln eingerichtet werden.

3.1.11 Anpassungen im Einzelplan 9.2

Zinsen aus Gesellschafterdarlehen und Gewinnabführung der VHG (Titel 9590.161.04)

Die Zinseinnahmen aus Gesellschafterdarlehen der Kommanditgesellschaft Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co (VHG) in Höhe von rd. 22,5 Mio. Euro entfallen, da das verzinslich gewährte Darlehen bereits Ende 2005 komplett getilgt worden ist.

Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdarlehen für die Übertragung der Gebäude der Museumsstiftungen (Titel 9590.181.04)

Die HGV hat im Jahr 2004 einen um rd. 565 Tsd. Euro höheren Betrag getilgt als im Haushalt veranschlagt. Nach Abzug der Tilgungsrate für das Jahr 2005, die unverändert bleibt, reduziert sich das im Jahr 2006 zu tilgende Restdarlehen entsprechend. Diese Veränderung ist bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2005/2006 nicht mehr berücksichtigt worden. Der Ansatz 2006 wird deshalb mit dieser Vorlage um 565 Tsd. Euro reduziert.

Globale Mehreinnahme öffentliche Unternehmen (Titel 9590.371.01)

Die globale Mehreinnahme ist durch eine Einnahmeverbesserung beim Titel 9650.111.51 (Vergütungen für Sicherheitsleistungen), die bereits im beschlossenen Haushaltsplan enthalten ist, konkretisiert worden. Danach wird im Haushaltsjahr 2006 von den insgesamt für Vergütungen für Sicherheitsleistungen veranschlagten Einnahmen in Höhe von insgesamt 5 Mio. Euro ein Betrag in Höhe von 3,9 Mio. Euro nicht der Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage (Titel 9650.913.01) zugeführt, sondern verbleibt als Deckungsbeitrag im Gesamthaushalt. Die bisher nicht vollzogene Auflösung der globalen Mehreinnahme soll mit dieser Drucksache nachgeholt werden.

Ausgaben für Zinsen an den Kreditmarkt (Titel 9600.575.01)

Auf Grund des niedrigen Zinsniveaus bleiben die Ausgaben für Zinsen unter den ursprünglichen Erwartungen. Der Ansatz kann um 50 Mio. Euro herabgesetzt werden.

Vergütungen aus Sicherheitsleistungen (9650.111.51 und 9650.913.01)

Die veranschlagten Einnahmen aus Vergütungen für Sicherheitsleistungen in Höhe von 5 Mio. Euro sollen in Höhe von 3,9 Mio. Euro nicht für Zuführungen an die Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage eingesetzt werden. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2006 war der Haushaltsvermerk, nach dem die Einnahmen den Ausgaben in voller Höhe zuwachsen sollen, versehentlich nicht angepasst worden.

Auflösung der globalen Minderausgabe Gebäudemanagement (Titel 9890.549.01)

Der Senat hat die Finanzbehörde beauftragt, das Gebäudemanagement auf der Basis der Vorschläge im Gutachten von Mummert Consulting und Siemens Real Estate

zu optimieren mit dem Ziel, die Ergebnissituation der Objektgesellschaften (VHG und HGV) zu verbessern und die Mietansätze in den jeweiligen Kapiteln zu reduzieren. Der Auftrag orientierte sich an einer unveränderten Umsetzung des o.g. Gutachtens. Durch die Grundsatzentscheidung über die Veräußerung von Büro- und Gewerbeimmobilien der Freien und Hansestadt Hamburg und städtischer Gesellschaften im Rahmen des Projektes Immobilienmobilisierung (PRIMO), die Neupositionierung der Sprinkenhof AG und Gründung des Immobilien-Service-Zentrums (ISZ) wurden Teile der Empfehlungen obsolet. Das ISZ bei der Sprinkenhof AG hat zum 1. Januar 2005 seine Tätigkeit aufgenommen und bereits im ersten Quartal 2005 rd. 159 Tsd. Euro dauerhafte Miet- und Betriebskosteneinsparungen p. a. erzielt. Zudem wurden im Bereich Gebäudemanagement Haushaltseinsparungen durch Reduktion der Grundsteuer 2005 in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro und unterlassene Resteübertragungen bei der Grundsteuer von 2004 auf 2005 in Höhe von rd. 4,1 Mio. Euro erzielt.

Die hierfür im Einzelplan 9.2 veranschlagte globale Minderausgabe in Höhe von 2,6 Mio. Euro wird daher aufgelöst.

Auflösung der globalen Minderausgabe Energiemanagement (Titel 9890.549.02)

Durch Vertragsoptimierung sollte ein aufwachsendes Einsparvolumen von 3,0 Mio. Euro bis 2005 realisiert werden.

Das Sparziel beruhte auf der Erwartung, dass entsprechende Einsparungen auf Grund der seinerzeitigen Marktsituation möglich seien. Tatsächlich sind die Preise auf dem Energiesektor insgesamt zwischenzeitlich aber besonders stark gestiegen (insbesondere Strom, Erdgas und Fernwärme). Die hierfür im Einzelplan 9.2 veranschlagte globale Minderausgabe in Höhe von 3,0 Mio. Euro wird aufgelöst. Auf Grund günstiger Vertragsabschlüsse mit der HEW für das Jahr 2006 können die Kosten 2006 gegenüber 2005 dennoch um 0,5 Mio. Euro gesenkt werden. Beim Strombezug konnte ab 2005 eine Einsparung von rd. 290 Tsd. Euro p.a. realisiert werden.

Rückstellung für Mehraufwendungen (Titel 9890.971.03)

Im Kita-Gutschein-System wird auf Grund einer aktuellen Prognose im Vergleich zur ursprünglichen Mittelbedarfsprognose, die dem Haushaltsplan 2006 bisher zugrunde lag, für das 2006 eine höhere durchschnittlich Kinderanzahl erwartet. Für den ggf. entstehenden Mehrbedarf von rd. 8 Mio. Euro wird Vorsorge im Einzelplan 9.2 getroffen.

Auflösung der globalen Minderausgabe Jesteburg III (Titel 9890.972.11)

Eine Konkretisierung der im Haushaltsplan 2005/2006 veranschlagten globalen Minderausgabe in Höhe von 6 Mio. Euro, die durch Effizienzsteigerungen und Optimierung der Standortstrukturen bei sozialen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen durch Standortzusammenlegungen und der Aufgabe von Standorten erreicht werden sollte, konnte im Haushaltsjahr 2005 nicht erfolgen. Die hierfür im Einzelplan 9.2 (Titel 9890.972.11) eingestellte globale Minderausgabe wird daher aufgelöst. Die strukturellen Einsparungen in Höhe von 6 Mio. Euro sollen nunmehr durch andere Maßnahmen im Zusammenhang mit Standortentscheidungen im Anwendungsbereich in einem längerfristigen Zeitraum realisiert werden.

Auflösung der globalen Minderausgabe für noch nicht konkretisierte Maßnahmen (Titel 9890.972.14)

Der Senat hat im Rahmen der Beratungen über den Haushalt 2005/2006 entschieden, die Lebensarbeitszeit für Vollzugsbeamte (Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug) nicht zu erhöhen und den finanziellen Ausgleich nach § 48 Beamtenversorgungsgesetz weiterhin zu leisten. Die hierfür im Einzelplan 9.2 veranschlagte globale Minderausgabe in Höhe von 1.000 Tsd. Euro wird aufgelöst.

Finanzierung von familienpolitischen Maßnahmen

Der Senat hat Mitte des Jahres mehrere Projekte zur Förderung von Familien in Hamburg sowie die Rücknahme von familienbelastenden Konsolidierungsmaßnahmen mit einem finanziellen Umfang von insgesamt rd. 4 Mio. Euro beschlossen. Nach Senatsbeschluss sollen von diesen rd. 4 Mio. Euro 2 Mio. Euro durch Einsparungen u. a. bei der Vergabe von Gutachten, der Öffentlichkeitsarbeit, den Reisekosten und dem Bildungsurlaub erbracht werden. Zur Umsetzung dieser Finanzierungsvorgabe wird der Titel 9890.972.01 „Globale Minderausgabe bei den laufenden Ausgaben“ im Ansatz um 2 Mio. Euro erhöht.

Rückstellung für bezirkliche Sofortmaßnahmen

Die Bezirke sollen in die Lage versetzt werden, kurzfristig und flexibel auf besondere Bedarfe vor Ort reagieren zu können. Dazu wird ein neuer Titel im Einzelplan 9.2 mit einem Ansatz von 1 Mio. Euro und einem entsprechenden Haushaltsvermerk eingerichtet (Titel 9810.971.01). Die Anordnungsbefugnis liegt bei der für die Bezirksaufsicht zuständigen Behörde.

3.2 Einzelplanübergreifende Anpassungen

Errichtung eines Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE)

Mit der Drucksache 18/2202 hat der Senat die Errichtung eines Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) zum 1. Januar 2006 angekündigt. Der Betriebsbeginn des DZSKJ wird voraussichtlich zum 1. Juli 2006 aufgenommen. Die erforderlichen Mittel werden auf fünf volle Jahre begrenzt durch Umschichtungen aus den Einzelplänen 3.1 und 4 mit je 68 Tsd. Euro sowie je 76 Tsd. Euro per anno aus dem Bereich Drogen und Sucht und dem Bereich des Hochschulamtes des Einzelplans 3.2, somit in Höhe von insgesamt 288 Tsd. Euro jährlich, erbracht. Der in 2006 benötigte halbjährliche Betrag in Höhe von 144 Tsd. Euro soll in 2006 dem UKE aus dem Titel 3660.971.18 bereitgestellt werden. Der in 2006 nicht benötigte Betrag in Höhe von 144 Tsd. Euro wird dem UKE von den beteiligten Behörden in 2011 zur Verfügung gestellt.

Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen, Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen sowie Aktivierung von Gewerbebrachen/Herrichtung von Industrieanlagen für neue gewerbliche Nutzung

Zur Umsetzung des in der Erläuterung zum Titel 7300.742.01 im Haushaltsplan-Entwurf 2005/2006 angekündigten Pilotprojekts Verdichtung freier privater Gewerbeflächen sollen aus dem Titel auch Zuwendungen vergeben werden. Für Maßnahmen, die bereits aus dem Einzelplan 6 vorfinanziert wurden (vgl. Titel 6700.787.07), erfolgt einmalig in 2006 eine Umschichtung aus dem Einzelplan 7 in gleicher Höhe (vgl. Titel 7300.742.01 und 7300.892.15).

Verkauf von Erbbaugrundstücken und Ablösung von Wiederkaufsrechten

Mit der Drucksache 18/3227 vom 22. November 2005 hat der Senat die Bürgerschaft um Zustimmung zum Verkauf von 103 Erbbaurechten an die städtischen Wohnungsunternehmen SAGA und GWG sowie zur Ablösung von 22 Wiederkaufsrechten an Grundstücken dieser Unternehmen gebeten und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen erläutert. Die daraus folgenden Ansatzreduzierungen bei den Titeln 9010.124.31 (Erbbauszinsen – soweit nicht kapitalisiert), 9590.121.02 (Gewinnausschüttung der SAGA-Siedlungs AG) und 9590.181.01 (Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdarlehen GWG/WVN) werden hiermit – wie angekündigt – vorgenommen.

Hamburgische Schiffbauversuchsanstalt (HSVA)

Der Mietzuschuss an die Hamburgische Schiffbauversuchsanstalt (HSVA) ist im Zuge der Jestedburg II – Beratungen auf seine Notwendigkeit überprüft worden. Zur Erhöhung der Transparenz (Bruttoprinzip) soll die HSVA ab 2005 für den Zeitraum von 15 Jahren einen Mietzuschuss in Höhe von 426 Tsd. Euro jährlich erhalten. In 2005 erfolgt die Finanzierung über Verstärkungsmittel. Die Deckung ab 2006 wird aus den Einzelplänen 3.2 und 7 zu je 1/3 erfolgen. Der verbleibende Betrag wird aus dem Einzelplan 9.2 finanziert.

3.3 Haushaltstechnische Korrekturen

Zusätzlich zu den einzelnen Anpassungen in den Einzelplänen werden weitere haushalts-technische Korrekturen vorgenommen, die jeweils haushaltsneutral sind, u.a.:

- In den Einzelplänen der Bezirksämter werden die infolge der Gründung des Statistikamtes Nord als Anstalt des öffentlichen Rechts 2005 bereits außerplanmäßig eingerichteten Titel für Einnahmen bzw. Erstattungen in Zusammenhang mit statistischen Erhebungen in planmäßige Titel umgewandelt.
- Im Einzelplan 3.2 ist bei der Überführung des Gesundheitsteils des Einzelplans 8.2 auf den Einzelplan 3.2 infolge eines Büroversehens beim Titel „Zuweisung für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut“ (3640.891.01) die Grundbewilligung zu niedrig ausgewiesen. Dies wird hiermit korrigiert.
- Im Einzelplan 8.1 wird der Haushaltsvermerk bei den Ausgabetiteln 8000.511.66 und 8000.525.66 geändert in „Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8000.125.01.“, um ihn an den korrespondierenden Vermerk des Einnahmetitels anzupassen. Der weitere Vermerk bei 8000.511.66 bleibt bestehen.
- Der im Einzelplan 8.1 beim Titel 8500.546.93 irrtümlich ausgebrachte Vermerk „Ausgaben dürfen geleistet werden i. H. v. 65,95 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.93“ wird gestrichen.
- Die im Einzelplan 8.1 beim Titel „Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- u. Schutzkleidung usw.“ (8520.514.63) zu hoch ausgewiesene Grundbewilligung wird korrigiert.

3.4 Änderungen des Haushaltsbeschlusses

Im Rahmen der Aktualisierung der Haushaltsplans 2006 werden auch Änderungen des Haushaltsbeschlusses notwendig, die hauptsächlich die Gewährung von Liquiditätshilfen und Bürgschaften, Garantieerklärungen

der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Übernahme von Sicherheitsleistungen betreffen. In Anlage 6 sind die Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006 mit den jeweiligen Begründungen zusammengestellt.

3.5 CCH – Erweiterung

a) Erhöhung der Bürgschaftsermächtigung für die CCH-Erweiterung

Die Hamburg Messe und Congress GmbH finanziert ihre in 2005 begonnene Erweiterungsinvestition (vgl. Drucksache 18/819) kreditär. Um die Kreditkosten zu minimieren, soll die Investition zu 80% mit einer selbstschuldnerischen Bürgschaft der Freien und Hansestadt Hamburg abgesichert werden.

Mit Drucksache 18/819 wurden die voraussichtlichen Kosten für den Erweiterungsbau auf 25,3 Mio. Euro beziffert. Dies war Grundlage für eine Bürgschaftsermächtigung in Höhe von 20 Mio. Euro. In 2005 wurde die Bürgschaftsermächtigung noch nicht in Anspruch genommen. Im Laufe des Jahres 2005 stellte sich heraus, dass die geschätzten Investitionskosten auf maximal 44,1 Mio. Euro im schlechtesten Fall steigen können (bester Fall 41,6 Mio. Euro). Ursächlich hierfür sind u. a. zusätzliche Brandschutzmaßnahmen, Entfluchtungs-vorgaben nach der Versammlungsstätten-Verordnung, Planungsoptimierungen, neue Erkenntnisse auf der Basis der Ausschreibungsergebnisse sowie neue Risikobewertungen auf Grundlage eines hierfür eingeschalteten Gutachters. Im Einzelnen begründet sich die Kostenerhöhung von max. 18,8 Mio. Euro wie folgt:

- 10,1 Mio. Euro: Mehrkosten auf Grund von Brandschutzauflagen, neuer Versammlungsstättenverordnung, Planungsoptimierungen, Submissionsergebnissen
- 5,1 Mio. Euro: Ausbau Erdgeschossfoyer und Ertüchtigung Decke Saal 3
- 3,6 Mio. Euro: Risikozuschlag im schlechtesten Fall

Die Planungen sehen den Bau einer neuen Ausstellungshalle mit 7.000 m² Fläche sowie von 7 Sälen mit einer Gesamtfläche von ca. 2.900 m² vor, so dass das CCH nach erfolgtem Ausbau über eine nutzbare Fläche von insgesamt ca. 18.000 m² verfügen wird (gegenüber einem Bestand von knapp 10.000 m² vor Ausbau). Die Erweiterung und Modernisierung des CCH ist für ein konkurrenzfähiges Angebot im expandierenden deutschen und internationalen Messe- und Kongressgeschäft unerlässlich. Im Hinblick auf den durch die HGv zu tragenden Verlustausgleich wird die Investition im schlechtesten Fall im Jahr 14 nach Bau-Fertigstellung rentierlich.

Entsprechend der erläuterten Kostensteigerung soll der Ermächtigungsrahmen für die von der Freien und Hansestadt Hamburg zu gewährende selbstschuldnerische Bürgschaft von bisher 20 Mio. Euro um 15 Mio. Euro auf insgesamt 35 Mio. Euro angehoben werden. Hierfür

wird das Unternehmen eine Bürgschaftsvergütung in Höhe von 1 % p.a. des Bürgschaftsbetrages an die Freie und Hansestadt Hamburg entrichten.

b) Änderung des Mietvertrages mit der HMC

Da HMC nicht zivilrechtlicher Eigentümer des Congress Centrums Hamburg (CCH) ist, können auf der Grundlage des bestehenden Mietvertrages von HMC durchgeführte Investitionen am CCH nicht in der Bilanz von HMC aktiviert werden. Diese Investitionen müssten handelsrechtlich als Aufwand betrachtet werden, was in den nächsten Jahren zu erheblichen Verlusten führen könnte. Um diese Gefahr zu vermeiden und die Aktivierung in der Bilanz der HMC zu ermöglichen, ist es notwendig, dass HMC wirtschaftliches Eigentum am CCH erlangt.

Der bisher gültige Pacht- und Überlassungsvertrag ist daher vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft durch den neuen Mietvertrag vom 28. November 2005 ersetzt worden, der eine Vertragsdauer bis 31. Dezember 2045 hat und in dem auch eine Entschädigungspflicht festgelegt ist. Danach hat der Mieter bei Vertragsende Anspruch auf Entschädigung in Höhe des Zeitwertes der von ihm auf eigene Kosten in Bezug auf das Mietobjekt getätigten Investitionen, unabhängig vom Grund des Vertragsendes. Investitionen von HMC in das Gebäude über 1 Mio. Euro im Einzelfall müssen mit der Freien und Hansestadt Hamburg abgestimmt werden. Zudem ist die für den CCH-Erweiterungsbau benötigte Fläche in diesen Mietvertrag einbezogen worden.

Die vertraglichen Regelungen sind von der Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde im Zusammenwirken mit dem Unternehmen HMC entsprechend einer Expertise des Wirtschaftsprüfers Deloitte & Touche ausgearbeitet worden. Der neue Mietvertrag enthält alle wesentlichen Elemente des alten Pacht- und Überlassungsvertrages mit Ausnahme der für das wirtschaftliche Eigentum am CCH erforderlichen neuen Regelungen und der Einbeziehung des Vorplatzes in die Verpachtung. Ohne die neuen vertraglichen Regelungen würde das Jahresergebnis der HMC in den folgenden Jahren mit Verlusten in der Größenordnung der Investitionen im CCH belastet und damit indirekt die HGv in gleicher Größenordnung belastet.

Durch die im neuen Mietvertrag enthaltene Entschädigungsregelung wird eine Zustimmungspflicht der Bürgerschaft zu diesem Vertrag begründet, da es sich – im Gegensatz zum alten Pacht- und Überlassungsvertrag – um einen Vertrag handelt, der im Hinblick auf die bei Vertragsende entstehende Entschädigungsverpflichtung zu Leistungen der Freien und Hansestadt Hamburg in zukünftigen Haushaltsjahren führen könnte. Entsprechend ist der Mietvertrag unter dem Vorbehalt der bürgerschaftlichen Zustimmung zu den finanziellen Auswirkungen geschlossen worden. Die Bürgerschaft wird mit dieser Drucksache (vgl. Petitum Nummer 7) um die entsprechende Zustimmung gebeten.

3.6 Kennzahlen des Haushaltsplans 2006

Haushaltsplan 2005/2006; hier Haushaltsjahr 2006

in Mio. Euro	Haushaltsplan gemäß Beschlussfassung Bürgerschaft 12/2004	aktualisierter Haushaltsplan a)
Finanzierungsdefizit insgesamt	- 871,4	- 864,0
davon		
- Betriebshaushalt	1,8	8,7
- Investitionshaushalt	- 873,2	- 872,7
Vermögensmobilisierung und Entnahmen aus Rücklagen/Stöcken	222,7	215,2
Nettokreditaufnahme	650	650
Nettorücklagenentnahme b)	- 1,2	- 1,2

a) Fortschreibung einschließlich haushaltswirksamer Beschlüsse der Bürgerschaft in 2005 und einschließlich der Ansatzänderungen gemäß dieser Mitteilung

b) Saldo aus Haushaltstechnischen Verrechnungen (Einnahmen) und Zuführung an Rücklagen (Ausgaben)

4. Aufhebungen von Ansatzsperrn

Die nach § 26 Absatz 3 Nummer 2 LHO erforderliche „Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen über 100.000 Euro im Einzelfall zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten“ ist mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2005/2006 für die Titel 3370.684.03 „Zuschüsse zur allgemeinen Sportförderung durch die Verbände aus den Erträgen der Staatslotterien“, 7200.685.01 „Stiftung Deutsches Überseeinstitut“ und 7300.685.08 „Hamburger Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft“ nicht vollständig vorgelegt worden. In der dem Haushaltsplan beigefügten Übersicht fehlten die Wirtschaftspläne für das Jahr 2006 für den Hamburger Sportbund e.V., den Hamburger Fußball-Verband e.V., die Stiftung Deutsches Überseeinstitut und die Hamburger Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH.

Die Titel wurden daher durch Beschluss der Bürgerschaft vom 13. bis 15. Dezember 2004 teilweise gesperrt.

Als Anlagen Nummer 7.1 und 7.2 legt der Senat die fehlenden Angaben für den Hamburger Sportbund e.V., den Hamburger Fußball-Verband e.V., die Stiftung Deutsches Überseeinstitut und die Hamburger Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH in der Übersicht nach § 26 Absatz 3 LHO für das Jahr 2006 nunmehr vor.

5. **Petitur**

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle

1. von den Ausführungen in dieser Drucksache Kenntnis nehmen,
2. die in Anlage 2 zum Petitur aufgeführten Ansatzänderungen 2006 beschließen,
3. die in Anlage 3 dargestellte Neuberechnung der Kostenkennzahlen „Schülerjahreskosten 2005“ zur Kenntnis nehmen,

4. den Änderungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Winterhuder Werkstätten gemäß Anlage 4 zustimmen,

5. die in Anlage 5 aufgeführte Ergänzung des Stellenplans 2006 beschließen,

6. die in Anlage 6 zusammengestellten Änderungen zum Haushaltsbeschluss 2005/2006 beschließen,

7. den finanziellen Auswirkungen des Mietvertrages mit HMC vom 28. November 2005 zustimmen und

8. die im Haushaltsplan 2005/2006 enthaltene Sperre bei den Titeln 3370.684.03, 7200.685.01 und 7300.685.08 aufheben.

Anlagen zur Mitteilung

Anlage 1: Übersicht Einnahme- und Ausgabeänderungen nach Einzelplänen 2006

Anlage 2: Ansatzänderungen 2006

Anlage 3: Aktualisierung der Produktinformation 2005 (Kostenkennzahlen „Schülerjahreskosten“)

Anlage 4: Änderung Wirtschaftsplan Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten

Anlage 5: Ergänzung des Stellenplans 2006

Anlage 6: Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2005/2006

Anlage 7.1: Wirtschaftspläne Hamburger Sportbund e.V. und Hamburger Fußball-Verband e.V. (HFV)

Anlage 7.2: Wirtschaftspläne Stiftung Deutsches Überseeinstitut und Hamburger Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH

Übersicht über Einnahme- und Ausgabeveränderungen nach Einzelplänen

Bezeichnung	2006													akt. Haushaltsplan 2006										
	Haushalts- plan 2006 *)	1.0	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.6	1.7	1.8	2	3.1	3.2		3.3	4	6	7	8.1	9.1	9.2	Insgesamt		
Einnahmen																								
Steuern (vor Finanzausgleich)	7.730.000																						0	7.730.000
übrige laufende Einnahmen	1.441.452																							1.385.352
Spezielle Investitionseinnahmen	161.215																							161.215
Einnahmen aus Rücklagen/Stöcken	40.000																							40.000
Mobilisierung von Vermögenspos.	164.175																							175.202
Haushaltstechnische Verrechnung.	9.887																							9.887
Krediteinnahmen	650.000																							650.000
Gesamteinnahmen	10.196.729	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.808	-18.000	0	-1.924	-125	-32.377	-45.073		10.151.656	
Ausgaben																								
Personalausgaben	3.410.589																							3.408.153
Zinsausgaben	1.066.576																							1.016.576
Tilgung	8.497																							8.497
Schuldendiensthilfen	94.173																							86.673
Sach- und Fachausgaben	4.071.453																							4.055.452
Globale Mehr- und Minderausg.	88.336																							100.300
Investitionen	1.015.985																							1.033.885
Finanzausgleiche	430.000																							430.000
Zuführungen an Rücklagen	11.120																							11.120
Haushaltstechnische Verrechng.	0																							0
Deckung von Fehlbeträgen	0																							0
Gesamtausgaben	10.196.729	0	0	-672	443	-244	-484	499	1.545	-92	9.192	-409	432	40	1.625	-42.941	15.818	436	126	-30.387	-45.073		10.151.656	
Diff. Gesamteinn./Gesamtausg.	0	0	0	672	-443	244	484	-499	-1.545	92	408	-3.646	-432	-40	183	24.941	-15.818	-2.360	-251	-1.990	0		0	
Verpflichtungsermächtigungen	2.105.343											150			287	-1.500		5.120			4.057		2.109.400	

*) Stand: Haushaltsplan 2005/2006 nach Beschluss durch Bürgerschaft, inkl. der im Haushaltsjahr 2005 unterjährig von der Bürgerschaft beschlossenen Veränderungen (Stand 16. November 2005)

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fiste)	Finanzposition	2006 in Tsd.EUR						Bemerkungen				
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))		Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp.11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	
1.2. Bezirksamt Hamburg-Mitte													
Einnahmen													
1200 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben													
Erhebungsschädigungen vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - AdR - für statistische Erhebungen	81.0.00000	01.2.1200.261.04	0	0	0								
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.2.1200.412.04.													
1210 Einwohner- und Personensstandsangelegenheiten													
Rückzahlung von Ausgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz	81.0.00000	01.2.1210.119.01	0	0	0								
Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 01.2.1210.681.20 zu 35% im ZB, 01.2.1210.671.03 zu 65% im ZB.													
Erlastung zuviel gezahlter Wohngeldleistungen	81.0.00000	01.2.1210.281.01	0	0	0								
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.2.1210.681.25.													
Gesamteinnahmen													
Ausgaben													
1200 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben													
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige - Bereich statistische Erhebungen	81.0.00000	01.2.1200.412.04	0	0	0								
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1200.261.04													
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.2.1200.425.91	30.149	30.507	-358								
Vergütung der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.2.1200.426.91	4.828	5.142	-314								
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.2.1200.435.91	2.713	2.745	-32								
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.2.1200.435.93	1.456	1.424	32								
Kostenanteil an Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.2.1200.436.91	435	463	-28								
Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.2.1200.436.93	319	291	28								

noch Anlage 2

Ansatzänderungen

2006														
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fiste)	Finanzposition	in Tsd. EUR											
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Bemerkungen		
1210 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten	2	3												
Ersatzen im Zusammenhang mit zurückgeforderten Leistungen der Studienförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz	81.0.00000	01.2.1210.671.03	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Fehlerkorrektur Haushaltsvermerk wurde in 2005 versehentlich nicht eingereicht.
übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.2.1210.119.01.	81.0.00000	01.2.1210.681.20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Fehlerkorrektur Haushaltsvermerk wurde in 2005 versehentlich nicht eingereicht.
Ausbildungsförderung (BAFOG)	81.0.00000	01.2.1210.681.25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld;
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1210.281.01 (Neu)														korrespondiert mit 1210.281.01
Gesamtausgaben														
Gesamt-VE														0 VE
1.3. Bezirksamt Altona														
Einnahmen														
1310 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten														
Ersatzen zuviel gezahlter Wohngeldleistungen	82.0.00000	01.3.1310.281.01	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Titel neu geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1310.681.25
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.3.1310.681.25														
Gesamteinnahmen														
Ausgaben														
1300 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben														
Bezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.3.1300.422.91	8.050	8.087	-37									
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.3.1300.425.91	20.837	21.155	-318									
Vergütung der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.3.1300.426.91	5.050	5.251	-201									
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.3.1300.432.91	2.459	2.470	-11									
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.3.1300.432.93	2.562	2.551	11									
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.3.1300.435.91	1.884	1.913	-29									
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.3.1300.435.93	1.559	1.530	29									
Kostenanteil an Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.3.1300.436.91	454	472	-18									
Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.3.1300.436.93	461	443	18									
Kostenanteil an Beihilfen	97.0.00000	01.3.1300.441.91	330	331	-1									
Globale Aufgabenkritische Minderausgaben Personal	82.0.00000	01.3.1300.462.01	0	-1.000	1.000									
1310 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten														
Allgemeines (eternals tabellarisches) Wohngeld	82.0.00000	01.3.1310.681.25	0	0	0									geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1310.281.01
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.3.1310.281.01 (Neu)														
Gesamtausgaben														
Gesamt-VE														0 VE

Ansatzänderungen

2006												
in Tsd. EUR												
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fiste)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp.11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.4. Bezirksamt Eimsbüttel												
Einnahmen												
1410 Einwohner- und Personalstandsangelegenheiten	83.0.0.0000	01.4.1410.281.01		0	0							
Ersatlung zuviel gezahlter Wohngeldleistungen												
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.4.140.681.25												
												Titel neu geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 14.10.681.25
Gesamteinnahmen												
Ausgaben												
1400 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben	97.0.0.0000	01.4.1400.422.91	6.236	6.250	-14							
Bezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.0.0000	01.4.1400.425.91	19.327	19.424	-97							
Vergütung der Angestellten	97.0.0.0000	01.4.1400.426.91	2.938	3.070	-132							
Vergütung der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.0.0000	01.4.1400.432.91	1.871	1.875	-4							
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.0.0000	01.4.1400.432.93	3.021	3.017	4							
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.0.0000	01.4.1400.435.91	1.742	1.751	-9							
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.0.0000	01.4.1400.435.93	559	550	9							
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.0.0000	01.4.1400.436.91	264	276	-12							
Kostenanteil an Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.0.0000	01.4.1400.436.93	163	151	12							
Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.0.0000	01.4.1400.441.91	249	250	-1							
Kostenanteil an Beihilfen												
1410 Einwohner- und Personalstandsangelegenheiten	83.0.0.0000	01.4.1410.681.25	0	0	0							
Allgemeines (ehemals tabellarisches) Wohngeld												
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.4.1410.281.01 (Neu)												
												geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1410.281.01
Gesamtausgaben					-244						0 VE	
Gesamt-VE												
1.5. Bezirksamt Hamburg-Nord												
Einnahmen												
1510 Einwohner- und Personalstandsangelegenheiten	84.0.0.0000	01.5.1510.281.01	0	0	0							
Ersatlung zuviel gezahlter Wohngeldleistungen												
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.5.1510.681.25												
												geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1510.681.25
Gesamteinnahmen												

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließ)	Finanzposition	2006 in Tsd EUR											Bemerkungen
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k, weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k, weniger (-)	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp.11 mehr (k, Vorz.) weniger (-)			
Ausgaben														
1500 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben														
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.5.1500.425.91	22.278	22.371	-93									
Vergütung der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.5.1500.426.91	4.979	5.370	-391									
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.5.1500.435.91	2.001	2.010	-9									
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.5.1500.435.93	1.738	1.729	9									
Kostenanteil an Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.5.1500.436.91	452	487	-35									
Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.5.1500.436.93	499	464	35									
1510 Einwohner- und Personalstandsangelegenheiten														
Allgemeines (ehemals tabellarisches) Wohngeld	84.0.00000	01.5.1510.681.25	0	0	0								geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1510.281.01	
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.5.1510.281.01 (Neu)														
Gesamtausgaben														
Gesamt-VE													0 VE	
1.6: Bezirksamt Wandsbek														
Einnahmen														
1600 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben														
Erhebungsentschädigungen vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - AStR- für statistische Erhebungen	86.0.00000	01.6.1600.261.04	0	0	0								Der Titel wurde in 2005 außerplanmäßig eingerechnet und wird wegen der Gründung des Statistischen Landesamtes dauerhaft benötigt.	
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.6.1600.412.04														
1610 Einwohner- und Personalstandsangelegenheiten														
Ersstattung zuviel gezahlter Wohngeldleistungen	86.0.00000	01.6.1610.281.01	0	0	0								geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1610.681.25	
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.6.1610.681.25														
Gesamteinnahmen													0	

Ansatzänderungen

2006												
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	in Tsd. EUR					Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Bemerkungen	
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006					Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Ausgaben												
1600 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben												
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige - Bereich statistische Erhebungen	86.0.00000	01.6.1600.412.04	0	0	0	0						Der Titel wurde in 2005 außerplanmäßig eingerichtet und wird wegen der Gründung des Statistischen Landesamtes dauerhaft benötigt.
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.6.1600.261.04												
Bezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.6.1600.422.91	9.650	9.719	-69							
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	01.6.1600.425.91	27.610	27.639	-29							
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.6.1600.432.91	2.897	2.918	-21							
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.00000	01.6.1600.432.93	3.181	3.160	21							
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	01.6.1600.435.91	2.485	2.487	-2							
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.6.1600.435.93	1.960	1.958	2							
Kostenanteil an Beihilfen	97.0.00000	01.6.1600.441.91	385	388	-3							
Globale Aufgabekritische Minderausgaben Personal	86.0.00000	01.6.1600.462.01	0	-600	600							kw-Vermerk
1610 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten												
Allgemeines (ehemals tabellarisches) Wohngeld	86.0.00000	01.6.1610.681.25	0	0	0							geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1610.281.01
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.6.1610.281.01 (Neu)												
Gesamtausgaben												
Gesamt-VE							493	0	0	0	0	0
1.7: Bezirksamt Bergedorf												
Einnahmen												
1700 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben												
Erhebungserschädigungen vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - AGR - für statistische Erhebungen	87.0.00000	01.7.1700.261.04	0	0	0							Der Titel wurde in 2005 außerplanmäßig eingerichtet und wird wegen der Gründung des Statistischen Landesamtes dauerhaft benötigt.
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.7.1700.412.04												
1710 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten												
Ersstattung zuviel gezahlter Wohngeldleistungen	87.0.00000	01.7.1710.281.01	0	0	0							geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1710.681.25
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.7.1710.681.25												
1730 Bauangelegenheiten												
Ersatzvornahmen	87.0.00000	01.7.1730.119.93	0	0	0							Fehlerkorrektur: Titel wurde versehentlich mit dem Haushaltsplan 2005 nicht eingerichtet.
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.7.1730.536.12 und 01.7.1730.537.12												
Gesamteinnahmen												

Ansatzänderungen

2006																						
in Tsd EUR																						
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Flae)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006		Bisheriger Ansatz 2006		Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Neue Grundbew. 2006		Bisherige Grundbew. 2006		Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Neue VE 2006		Bisherige VE 2006		Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Bemerkungen	
			4	5	6	7	8	9	10	11	12	13										
Ausgaben																						
1700 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben																						
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige - Bereich statistische Erhebungen	87,0.00000	01.7.1700.412.04	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Der Titel wurde in 2005 außerplanmäßig eingerichtet und wird wegen der Gründung des Statistischen Landesamtes dauerhaft benötigt.
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.7.1700.261.04																						
Vergütung der Angestellten	97,0.00000	01.7.1700.425.91	9.729	9.938	-209																	kw-Vermerk
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97,0.00000	01.7.1700.435.91	877	896	-19																	
Versorgungsbezüge der Angestellten	97,0.00000	01.7.1700.435.93	845	826	19																	
Globale Aufgabekritische Minderausgaben Personal	97,0.00000	01.7.1700.462.01	0	-1.754	1.754																	
1710 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten																						
Allgemeines (ehemals tabellarisches) Wohngeld	87,0.00000	01.7.1710.681.25	0	0	0																	geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1710.281.01
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.7.1710.281.01 (Neu)																						
Gesamtausgaben																						
Gesamt-VE																						0 VE
1.8: Bezirksamt Harburg																						
Einnahmen																						
1800 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben																						
Erhebungsentschädigungen vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - AGR - für statistische Erhebungen	88,0.00000	01.8.1800.261.04	0	0	0																	Der Titel wurde in 2005 außerplanmäßig eingerichtet und wird wegen der Gründung des Statistischen Landesamtes dauerhaft benötigt.
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.8.1800.412.04																						
1810 Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten																						
Erstattung zuviel gezahlter Wohngeldleistungen	88,0.00000	01.8.1810.281.01	0	0	0																	geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohngeld; korrespondiert mit 1810.681.25
Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.8.1810.681.25																						
Gesamteinnahmen																						0
Ausgaben																						
1800 Zentral-Verwaltung und besondere Aufgaben																						
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige - Bereich statistische Erhebungen	88,0.00000	01.8.1800.412.04	0	0	0																	Der Titel wurde in 2005 außerplanmäßig eingerichtet und wird wegen der Gründung des Statistischen Landesamtes dauerhaft benötigt.
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.8.1800.261.04																						
Bezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97,0.00000	01.8.1800.422.91	8.293	8.301	-8																	
Vergütung der Angestellten	97,0.00000	01.8.1800.425.91	19.754	19.793	-39																	
Vergütung der Arbeiterinnen und Arbeiter	97,0.00000	01.8.1800.426.91	3.399	3.444	-45																	
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97,0.00000	01.8.1800.432.91	2.487	2.489	-2																	
Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97,0.00000	01.8.1800.432.93	2.091	2.089	2																	
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97,0.00000	01.8.1800.435.91	1.778	1.782	-4																	

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fiste)	Finanzposition	2006 in Tsd.EUR											Bemerkungen
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-))	0 VE		
Ausgaben			4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	01.8.1800.435.93	1.557	1.553	4									
Kostenanteil an Versorgungsbezüglern der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.8.1800.436.91	305	309	-4									
Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	97.0.00000	01.8.1800.436.93	286	282	4									
1810 Einwohner- und Personensstandsangelegenheiten														
Allgemeines (ehemals tabellarisches) Wohnungsgeld	88.0.00000	01.8.1810.661.25	0	0	0								geändertes Verfahren zur Abrechnung der Bundesanteile für Wohnungsgeld;	
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.8.1810.281.01 (Neu)													korrespondiert mit 1810.281.01	
Gesamtausgaben					-92			0						
Gesamt-VE														
2. Justizbehörde														
Einnahmen														
2110 Ordentliche Gerichte														
Gerichtskosten	20.0.00000	02.0.2110.111.51	93.300	86.000	7.300								Fortschreibung Drs. 18/3055 "Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen" - Dkr.10	
Einnahmen aus Mehrverfahren	20.0.00000	02.0.2110.111.52	19.500	18.000	1.500								Fortschreibung Drs. 18/3055 "Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen" - Dkr.10	
2190 Fachgerichte														
Gerichtskosten	20.0.00000	02.0.2190.111.51	3.300	2.500	800								Fortschreibung Drs. 18/3055 "Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen" - Dkr.10	
2300 Justizvollzug														
Kostenbeteiligung der Gefangenen	20.0.00000	02.0.2300.119.02	0	0	0								Neueinrichtung eines Teils, um von den Insassen von Haftanstalten erhobenen Kostenbeteiligungen für privaten Energieverbrauch nachweisen zu können.	
Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.517.69.														
Schadensersatzleistungen der Gefangenen	20.0.00000	02.0.2300.119.92	0	0	0								Neueinrichtung eines Teils, um Schadensersatzleistungen für von Insassen von Haftanstalten verursachte Schäden nachweisen und für Ersatzbeschaffungen wieder verwenden zu können.	
Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.														
Verkaufserlöse aus Eigenprodukten	20.0.00000	02.0.2300.125.10	0	0	0								Neueinrichtung eines Teils, um die Einnahmen aus dem Verkauf von Eigenprodukten der Haftanstalten gegenüber von den Einnahmen der Arbeitsbetriebe ausweisen zu können.	
Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.514.08 und 02.0.2300.546.01.														
Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 und 02.0.2300.546.69.														
Gesamteinnahmen					9.600			0					0	

Ansatzänderungen

2006																							
in Tsd.EUR																							
Ausgaben 1	Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fikale)	Finanzposition	Neuer Ansatz		Bisheriger Ansatz		Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Neue Grundbew.		Bisherige Grundbew.		Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Neue VE		Bisherige VE		Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Bemerkungen	
				2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006				
2110	Ordentliche Gerichte																						
	Zustellkosten Mahnverfahren	20.0.00000	02.0.2110.511.01	8.630	7.130	1.500																	
	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	20.0.00000	02.0.2110.526.01	37.400	33.900	3.500																	
	Kosten in Betreuung Angelegenheiten	20.0.00000	02.0.2110.526.03	17.500	14.900	2.600																	
	Kosten für Insolvenzverfahren	20.0.00000	02.0.2110.526.04	1.400	600	800																	
2190	Fachgerichte																						
	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)	20.0.00000	02.0.2190.526.01	5.000	4.200	800																	
2300	Justizvollzug																						
	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	20.0.00000	02.0.2300.422.91	53.689	53.883	-194																	
	Vergütungen der Angestellten	20.0.00000	02.0.2300.425.91	7.338	7.494	-156																	
	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	20.0.00000	02.0.2300.432.91	16.171	16.229	-58																	
	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	20.0.00000	02.0.2300.432.93	10.861	10.803	58																	
	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	20.0.00000	02.0.2300.435.91	660	674	-14																	
	Versorgungsbezüge der Angestellten	20.0.00000	02.0.2300.435.93	-59	-73	14																	
	Kostenanteil an den Beihilfen	20.0.00000	02.0.2300.441.91	2.155	2.163	-8																	
	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.0.00000	02.0.2300.511.69	1.333	1.333	0																	
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.119.92.																						
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10.																						
	Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitsbetriebe	20.0.00000	02.0.2300.514.08	0	0	0																	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10*																						
	Bewirtschaftung der Grundstücke																						
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.119.02.																						
	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	20.0.00000	02.0.2300.517.69	5.006	5.256	-250																	
	Ablieferungen an Vertragspartner der Eigenprodukte	20.0.00000	02.0.2300.519.01	1.894	1.994	-100																	
	Übertragbar																						
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10.																						
	Sonstige Sach- und Fachausgaben																						
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10																						
	Einsparungen im Zusammenhang mit der Verlegung von Justizvollzugsanstalten	20.0.00000	02.0.2300.549.01	0	-700	700																	
	Gesamt-Ausgaben					9.192																	
	Gesamt-VE																						0 VE

noch Anlage 2

Ansatzänderungen

2006												
in Tsd. EUR												
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))	Bemerkungen
3.1: Behörde für Bildung und Sport												
Einnahmen												
3070 Jugendmusikschule Unterrichtsgebühren und dgl.	30.0.00000	03.1.3070.111.11	2.996	3.551	-555							
3100 Grund-, Haupt- und Realschulen Eristaltung von Sportvereinen für die Mitbenutzung von Schulsportstätten	30.0.00000	03.1.3100.111.43	0	1.500	-1.500							zur Umsetzung der Sportrahmen- vereinbarung vgl. globale Minder- ausgabe bei 3380.972.01*) Einnahmeerwartung von insg. 3,5 auf 2,5 bzw. in 2006 2,0 Mio. abgesenkt
3290 Politische Bildung und Jugendinformation Einnahmen aus Verkaufslösungen	30.0.00000	03.1.3290.119.01	0	0	0							Neueinrichtung eines Teils zur ltw. Refinanzierung des Projektes bei 03.1.3290.685.20
3380 Sportstätten Eristaltung von Sportvereinen für die Mitbenutzung von Sportstätten	30.0.00000	03.1.3380.111.43	0	2.000	-2.000							Einnahmeerwartung von insg. 3,5 auf 2,5 bzw. in 2006 2,0 Mio. abgesenkt
Gesamteinnahmen					-4.055							
Ausgaben												
3020 Zentrale Fachaufgaben Bildung Fahrgelder für Schülerinnen und Schüler	30.0.00000	03.1.3020.681.02	1.781	281	1.500		1.730	230	1.500			
Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 03.1.3020.681.02, 03.1.3020.681.05. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 03.1.3020.282.04.												
3100 Grund-, Haupt- und Realschulen Vergütungen der Angestellten	97.0.00000	03.1.3100.425.91	63.035	63.069	-34							Deckungsbeitrag für die Einrichtung eines deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kinder- und Jugendschutzes (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg- Eppendorf (UKE) (Halbjahresbetrag)
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	03.1.3100.435.91	5.675	5.678	-3							
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	03.1.3100.435.93	-2.764	-2.767	3							
3290 Politische Bildung und Jugendinformation Zuwendung für ein Projekt zur Förderung der politischen Bildung	30.0.00000	03.1.3290.685.20	125	0	125				150	0	150	neuer Titel mit Haushaltsvermerken
Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.1.3290.685.19												
3380 Sportstätten Zuwendung an Vereine für den Betrieb öffentlicher Sportplätze	30.0.00000	03.1.3380.684.01	0	0	0							vgl. Art.4 Nr. 27 HH-Beschluss (neu)
Globale Minderausgabe zur Umsetzung der Sportrahmen- vereinbarung	30.0.00000	03.1.3380.972.01	-2.000	0	-2.000							Einsparungen werden noch konkretisiert
Gesamtausgaben					-409							
Gesamt-VE											150 VE	

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top File)	Finanzposition	2006 in Tsd EUR										
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (-) weniger (+)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (-) weniger (+)	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (-) weniger (+)	Bemerkungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
3.2: Behörde für Wissenschaft und Gesundheit													
Ausgaben													
3400 Verwaltung													
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	34.0.00000	03.2.3400.511.61	133	133	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													
Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	34.0.00000	03.2.3400.514.61	21	21	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													
Bewirtschaftung der Grundstücken	34.0.00000	03.2.3400.517.61	124	124	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													
Mieten und Pachten	34.0.00000	03.2.3400.518.61	448	448	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													
Personalentwicklung, Frauenförderung, Aus- und Fortbildung	34.0.00000	03.2.3400.525.61	32	32	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													
Kosten für Gutachten und Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	34.0.00000	03.2.3400.526.61	200	200	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													
Dienstreisen	34.0.00000	03.2.3400.527.61	50	50	0							Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabenteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.	
Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)													

Ansatzänderungen

2006 in Tsd. EUR															
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließe)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006		Bisheriger Ansatz 2006		Neue Grundbew. 2006		Bisherige Grundbew. 2006		Neue VE 2006		Bisherige VE 2006		Bemerkungen
			4	32	5	32	6	0	7	8	9	10	11	12	
1 Sonstige städtische Verwaltungsausgaben	2 34.0.00000	3 03.2.3400.654.61												13 Neuer Deckungsvermerk in Zusammenhang mit dem Ausgabeteil 03.2.3400.671.50. Vorhandene Haushaltsvermerke blieben unverändert.	
Einsichtig deckungsfähig zugunsten 03.2.3400.671.50 (Neu)															
Erfstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeneigenen Telefonverkehrs	34.0.00000	03.2.3400.671.50	52	52	0	0								Neuer Deckungsvermerk; aus abrechnungstechnischen Gründen erforderlich.	
Einsichtig deckungsfähig zulasten 03.2.3400.511.61, 03.2.3400.514.61, 03.2.3400.517.61, 03.2.3400.518.61, 03.2.3400.525.61, 03.2.3400.526.61, 03.2.3400.527.61, 03.2.3400.534.61.															
3410 Förderung der außeruniversitären Forschung															
Zuschuss an die Hamburgische Schiffbauversuchsanstalt GmbH für Mietkosten	34.0.00000	03.2.3410.685.16	426	0	426									Veränderter Mietzuschuss nach Einigung der beteiligten Behörden ab 2006 veranschlagt. Deckung erfolgt aus den Einzelplänen 3.2.7 und 9.2 zu gleichen Teilen (je 142 Tsd. EUR).	
Zuwendungsanteil 100%															
3500 Technische Universität Hamburg-Hamburg (TUHH)															
Zuweisung an den Wirtschaftsplau TUHH	34.0.00000	03.2.3500.685.01	56.147	56.147	0	0								Einrichtung der Übertragbarkeit (bei Umstellung des Kapiteils 3650 auf 3500 nicht berücksichtigt)	
Übertragbar															
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-032-01															
3610 Amt für Gesundheit															
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	03.2.3610.425.91	9.804	10.529	-725									Privatisierung der Suchtberatungsstellen (Drs. 18/22/02)	
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	03.2.3610.435.91	872	937	-65									Privatisierung der Suchtberatungsstellen (Drs. 18/22/02)	
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	03.2.3610.435.93	2.925	2.860	65									Privatisierung der Suchtberatungsstellen (Drs. 18/22/02)	
Erfstattung an die Giftinformationszentrale in Niedersachsen	34.0.00000	03.2.3610.632.01	99	99	0									Neuer Deckungsvermerk	
NEU - Gegenseitig deckungsfähig mit 03.2.3610.632.02 und 03.2.3610.632.03															
Erfstattungen an die Arzneimitteluntersuchungsstelle in Bremen	34.0.00000	03.2.3610.632.02	152	152	0									Neuer Deckungsvermerk	
NEU - Gegenseitig deckungsfähig mit 03.2.3610.632.01 und 03.2.3610.632.03															
Erfstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege	34.0.00000	03.2.3610.632.03	152	152	0									Neuer Deckungsvermerk	
NEU - Gegenseitig deckungsfähig mit 03.2.3610.632.01 und 03.2.3610.632.02															
Zuwendungen an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention	34.0.00000	03.2.3610.684.71	3.508	3.608	-100									Aufgabenverlagerung des Projekts HIDA in den Bereich Drogen und Sucht (3670.684.61)	

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließ)	Finanzposition	2006 in Tsd EUR						Bemerkungen			
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))				
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
3660 Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin Zuweisung für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 03.2.3640.682.01, 03.2.3640.891.01, Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 03.2.3640.331.02 03.2.3640.332.01. Die Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von 10% des Ansatzes in Anspruch genommen werden.	34.0.00000	03.2.3640.891.01	4.611	4.611	0	2.259	1.614	645				Grundbewilligung wurde zu niedrig ausgewiesen. Ansätze 2005/2006 sind korrekt
3660 Hochschulübergreifende Wissenschafts- und Forschungsangelegenheiten Anteil Hamburgs nach einer Verwaltungsvereinbarung der Länder zur Finanzierung eines "Kompetenzwerks für Bibliotheken (KNB)" Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-032-04	34.0.00000	03.2.3660.685.04	11	11	0							Einrichtung der Übertragbarkeit, abrechnungstechnisch erforderlich
Zuweisung an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Exzellenzinitiative übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-032-01 Zentral veranschlagte Mittel für Innovationsmaßnahmen im Rahmen der "Drei-Säulen-Finanzierung"	34.0.00000	03.2.3660.971.18	2.964	3.000	-36	30	0	30				Den für die Errichtung eines Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kinder- und Jugendalters (DZSK) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UIKE) (halbjährliche Summe von 144 Tsd. EUR) auf 5 volle Jahre befristeten Deckungsbeträgen von BSP, BBS und Amt G (insgesamt 106 Tsd. EUR Halbjahresbeitrag in 2006) steht der Deckungsbeitrag der BWG für den Mietzuschuss HSYA von 142 Tsd. Euro gegenüber.
3670 Drogen und Sucht Sonstige sächliche Ausgaben	34.0.00000	03.2.3670.534.61	107	136	-29							Privatisierung Suchtberatungsstellen
Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen Rahmenczuweisung an die Bezirke	34.0.00000	03.2.3670.535.81	0	221	-221							Privatisierung Suchtberatungsstellen
Eingliederungshilfe für Behinderte - Hilfen für Suchtkranke und - gefährdete	34.0.00000	03.2.3670.671.61	9.155	9.155	0							Geänderte Zweckbestimmung durch veränderte Hilfsart (teilstationär und ambulant statt stationär) erforderlich

Ansatzänderungen

2006												
in Tsd.EUR												
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fiste)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Zuschüssen an Vereinen und dgl.	34.0.00000	03.3.3670.684.61	17.658	16.571	1.087							Privatisierung Suchtberatungsstellen, Verlagerung Gesundheitsbereich (Projekt HIDA), Maßnahmen zum Spierschutz sowie Deckungsbeitrag für die Errichtung eines Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes und Jugendalters (DZSK) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) (Halbjahresbeitrag)
Gesamtausgaben					432			645			0 VE	
Gesamt-VE												
3.3: Kulturbehörde												
Ausgaben												
3700 Allgemeine Verwaltung												
Unterhaltung der Grundstücke	37.0.00000	03.3.3700.519.61	32	32	0				32	32	0	0 neuer Deckungsfähigkeitsvermerk
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK 033-03												
3720 Allgemeine Kulturförderung												
Zuschuss an die Stiftung "Hamburger Öffentliche Bücherhallen"	37.0.00000	03.3.3720.686.04	24.327	24.287	40				1.500	1.500	0	040 Tsd.EUR, Projekt Nr. 9 Senatsklausur, einmalig
Förderung von Filmzentren	37.0.00000	03.3.3720.686.31	484	484	0				500	500	0	0 neuer Deckungsfähigkeitsvermerk, bisheriger Vermerk: Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-06.
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-01												
Sonstige Filmförderung	37.0.00000	03.3.3720.686.34	270	270	0				250	250	0	0 neuer Deckungsfähigkeitsvermerk, bisheriger Vermerk: Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-06. Die weiteren, vorhandenen Haushaltsvermerke bleiben unverändert.
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-01												
Zuschüsse für Filmfestivals	37.0.00000	03.3.3720.686.35	727	727	0							neuer Deckungsfähigkeitsvermerk, bisheriger Vermerk: Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-06.
Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-01												

Ansatzänderungen

2006												
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließ)	Finanzposition	in Tsd EUR						Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp.11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Bemerkungen
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-)	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-)				
3730 Denkmalpflege Unterhaltung der Grundstücke Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-033-03	37.0.00000	03.3.3730.519.61	23	23	0	0	23	23	0	neuer Deckungsfähigkeitsvermerk, die weiteren, vorhandenen Haushaltsvermerke bleiben unverändert.		
Gesamtausgaben							40	0	0 VE			
Gesamt-VE												
4. Behörde für Soziales und Familie.												
Einnahmen												
4000 Allgemeine Verwaltung Gebühren und Erstattung von Auslagen für die Inanspruchnahme von Schiedsstellen und Kommissionen	40.0.00000	04.0.4000.111.11	0	0	0	0	0	0		Neue Zweckbestimmung aufgrund der Einführung der Schiedsstelle und Kommission nach § 20 KibEG		
4610 Hilfen zum Lebensunterhalt Ersatztungen für Kosten der Unterkunft durch den Bund	40.0.00000	04.0.4610.231.05	130.866	129.058	1.808							
Gesamteinnahmen							1.808					
Ausgaben												
4000 Allgemeine Verwaltung Vergütungen der Angestellten	40.0.00000	04.0.4000.425.91	5.986	5.927	59					Ausbau der Hamburger Allianz für Familien		
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	40.0.00000	04.0.4000.435.91	540	535	5					Ausbau der Hamburger Allianz für Familien		
Versorgungsbezüge der Angestellten	40.0.00000	04.0.4000.435.93	1.042	1.047	-5					Ausbau der Hamburger Allianz für Familien		
Kosten und Aufwendungen der Schiedsstellen und Kommissionen	40.0.00000	04.0.4000.535.01	0	0	0					Neue Zweckbestimmung aufgrund der Einführung der Schiedsstelle und Kommission nach § 20 KibEG		
4440 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Suchtprävention, Jugendhilfe; Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	40.0.00000	04.0.4440.684.64	1.638	1.672	-34					Deckungsbeitrag für die Einrichtung eines deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kinder- und Jugendschutzes (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg- Eppendorf (UKE) (Halbjahresbeitrag)		
4450 Familienförderung Aufwendungen für familienpolitische Projekte des Büros für Familien-, Jugend- und Sozialpolitik	40.0.00000	04.0.4450.534.01	86	50	36					Ausbau der Hamburger Allianz für Familien		
Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie - Zweckzuweisung gemäß § 27 BezVG -	40.0.00000	04.0.4450.671.86	4.446	3.605	841					Mehrbedarf Gemeins. Wohnformen nach der gestiegenen Inanspruchnahme 2005		
Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation kinderreicher Familien - Zweckzuweisung gemäß § 27 BezVG	40.0.00000	04.0.4450.681.87	102	502	-400			0	753	Finanzierung der Programme Baugemeinschaften für Familien und Innovationspool Familie u. Wohnen		

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	2006 in Tsd EUR										Bemerkungen
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp.11 mehr (k. weniger (-))	12	13	
Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe	40.0.00000	04.0.4450.684.13	2.121	1.602	519								Frühe Hilfen für Risikofamilien und vernachlässigte Kinder und Hausbesuchsprogramm "HiPPy" neuer Teil mit Haushaltsvermerken
Förderung der Beteiligung kindereicher Familien an Wohnprojekten und Baugemeinschaften	40.0.00000	04.0.4450.685.05	200	0	200								
Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-44.	40.0.00000	04.0.4450.685.06	200	0	200								neuer Teil mit Haushaltsvermerken
Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation von Familien in Hamburg	40.0.00000												
Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-44.	40.0.00000												
4460 Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung - Zweckzuweisung gemäß § 27 BezVG -	40.0.00000	04.0.4460.671.86	137.024	122.345	14.679								Mehrbedarf HzE nach der gestiegenen Inanspruchnahme 2005
Förderung der Kinderbetreuung in Opferschutzeinrichtungen	40.0.00000	04.0.4460.684.01	0	0	0								neuer Leertitel mit Haushaltsvermerken
Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	40.0.00000												
4600 Soziales und Integration Globale Minderausgabe für noch nicht konkretisierte aufgabenkritische Maßnahmen im Bereich SI (Budget)	40.0.00000	04.0.4600.549.02	0	-129	129								Auflösung der GMA
4610 Hilfen zum Lebensunterhalt Hilfe zum Lebensunterhalt - in Einrichtungen	40.0.00000	04.0.4610.671.01	10.748	4.192	6.556								
Bedarfsorient. Grundsicherung an Pers. innerh. stat. Einr.	40.0.00000	04.0.4610.671.32	27.228	21.794	5.434								
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	40.0.00000	04.0.4610.681.01	10.973	37.821	-26.848								
Kosten der Unterkr. u. Heizung f. Leistungsber. n.d. SGB II	40.0.00000	04.0.4610.681.07	449.710	443.498	6.212								
Kosten der Unterkr. u. Heizung f. Leistungsber. n.d. SGB XII	40.0.00000	04.0.4610.681.08	10.180	31.154	-20.974								
Kost.d.Unterk.u. Heiz. f. Leistungsber. n.d. SGB XII Kap.4	40.0.00000	04.0.4610.681.09	52.948	39.192	13.756								
Hilfe zum Lebensunterhalt - einmalige Bedarfe	40.0.00000	04.0.4610.681.11	10.504	13.043	-2.539								
Bedarfsorient. Grunds. - Leist. an Pers. außerh. stat. Einr.	40.0.00000	04.0.4610.681.30	30.795	26.828	3.967								Auflösung der GMA
Unterstützung der Eingliederung von Sozialhilfebeziehenden	40.0.00000	04.0.4610.682.02	352	397	-45								

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließ)	Finanzposition	2006 in Tsd EUR											Bemerkungen
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))			
4640 Hilfen zur Pflege Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote u. Modellvorhaben f. Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsaufwand Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen Zuschuss an die Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg für Darlehen für neue Maßnahmen	40.0.00000 40.0.00000 40.0.00000	04.0.4640.684.02 04.0.4640.684.03 04.0.4640.891.14	251 238 4.246	256 273 4.889	-5 -35 -643								Auflösung der GMA Auflösung der GMA	
4650 Eingliederungshilfen Investitionszuschuss an den Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten Deckungsfähig im EDK-040-25.	40.0.00000	04.0.4650.891.02	643	0	643				1.040	0	1.040		neu eingerichteter Titel (Instandsetzungskosten)	
4670 Altenhilfe, gesetzliche Betreuung Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen zum Betrieb von Seniorentreffs und für sonstige soziale Maßnahmen	40.0.00000	04.0.4670.684.63	1.407	1.431	-24								Auflösung der GMA	
4700 Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger Zuschüsse an Integrationszentren und Vereine zur Integrationsförderung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Organisationen	40.0.00000 40.0.00000	04.0.4700.684.03 04.0.4700.684.06	1.728 442	1.767 462	-39 -20								Mittelverstärkung in 2006 für das Projekt HIPPY Auflösung der GMA	
Gesamtausgaben Gesamt-VE					1.625			0			287 VE			
6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt														
Einnahmen 6100 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung Zuweisung des Bundes für Wohngeld	60.0.00000	06.0.6100.231.02	19.500	37.500	-18.000									

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließ)	Finanzposition	2006 in Tsd.EUR										Bemerkungen			
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))	13				
6800 Naturschutz und Landschaftspflege Entnahme aus dem Grundstock für den Grunderwerb im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau auf Teilflächen der Anzuchtgärtnerei des Friedhofes Ohlsdorf Die Einnahmen dienen bis zu einer Höhe von 1.696 Tsd. EUR zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6800.891.02. Die Einnahmen dienen bis zu einer Höhe von 543 Tsd. EUR zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.741.01 und 06.0.6800.741.05.	90.0.00000	06.0.6800.356.03	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	neuer Leertitel
Gesamteinnahmen					-18.000											
Ausgaben																
6100 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung Aufwendungen für die städtebauliche Sanierung und das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm	60.0.00000	06.0.6100.547.10	1.603	1.603	0	1.603	1.603	0	103	1.603	-1.500					
Übertragbar Deckungsfähig im Kapitledeckungskreis KDK-060-6100-14. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen.																
Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt	60.0.00000	06.0.6100.661.50	71.500	75.000	-3.500											
Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.661.50, 06.0.6100.663.50.																
Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt	60.0.00000	06.0.6100.663.50	13.669	17.669	-4.000											
Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.661.50, 06.0.6100.663.50.																
Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke	60.0.00000	06.0.6100.681.86	39.000	75.000	-36.000											
6300 Verkehr und Straßenwesen Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke	60.0.00000	06.0.6300.546.86	319	0	319							2.000	2.000	0	0	neuer Deckungsfähigkeitsvermerk
Übertragbar Deckungsfähig im Kapitledeckungskreis KDK-06-6300-16.																
6420 Bau und Betrieb Arbeiten für fremde Rechnung	60.0.00000	06.0.6420.546.94	0	0	0							250	250	0	0	neuer Deckungsfähigkeitsvermerk
Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6420.125.94. Deckungsfähig im Kapitledeckungskreis KDK-060-6420-17																

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fließ)	Finanzposition	2006 in Tsd EUR						Bemerkungen			
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006		Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
6700 Umweltschutz Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.341.06.	60.0.000000	06.0.6700.787.07	7.240	7.000	240				8.458	8.458	0	Kostenanteil der BWA an Sanierungskosten (Umschichtung aus dem Epl. 7)
6800 Naturschutz und Landschaftspflege Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen Übertragbar Deckungsfähig im Kapitaledeckungskreis KDK-060-6800-07 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6800.182.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.356.03. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Herrichtung u. Umgestaltung v. Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen	60.0.000000	06.0.6800.741.01	5.885	5.885	0				5.000	5.000	0	Erforderliche Erweiterung des bestehenden Haushaltsvermerks in Zusammenhang mit dem Einnahmetitel 6800.356.03
Übertragbar Deckungsfähig im Kapitaledeckungskreis KDK-060-6800-07 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.356.03. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Zuschuss für die Umstrukturierung der Anzuchtgärtnerei an den Wirtschaftsplan der Hamburger Friedhöfe -AöR-	60.0.000000	06.0.6800.741.05	500	500	0				1.400	1.400	0	Erforderliche Erweiterung des bestehenden Haushaltsvermerks in Zusammenhang mit dem Einnahmetitel 6800.356.03
Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.356.03	60.0.000000	06.0.6800.891.02	0	0	0				0	0	0	neuer Leerartikel inkl. Haushalts- vermerk in Zusammenhang mit dem Einnahmetitel 6800.356.03
Gesamtausgaben					-42.941						-1.500 VE	
Gesamt-VE											0	

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	in Tsd.EUR						Bemerkungen			
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))		Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
70: Behörde für Wirtschaft und Arbeit												
Einnahmen												
7300 Wirtschafts- und Technologieförderung												
Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	70.0.00000	07.0.7300.271.01	0	0	0							
Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7300.971.03												
7400 Landwirtschaft und Forsten												
Sonderprodukte des Forstamtes	70.0.00000	07.0.7400.125.03	30	30	0							
Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.521.01.												
Gesamteinnahmen						0						
Ausgaben												
7200 Häfen, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur												
Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte	70.0.00000	07.0.7200.537.01	207	249	-42							Deckung für 03.2.3410.685.16
7300 Wirtschafts- und Technologieförderung												
Präsentation Hamburgs auf Technologiemesse und technologieorientierten Veranstaltungen	70.0.00000	07.0.7300.686.07	-	100	-100							Deckung für 03.2.3410.685.16
Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen (Bauwerk)	70.0.00000	07.0.7300.742.01	5.866	6.000	-134							Deckungsbeitrag für 6700.787.07 (einmalig); neuer Zuwendungsanteil 5 %
Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02. Zuwendungsanteil 5%												
Aktivierung von Gewerbebrachen/Herrichtung von Industrieanlagen für neue gewerbliche Nutzung	70.0.00000	07.0.7300.892.15	100	300	-200							Deckungsbeitrag für 6700.787.07 (einmalig)
Förderung insbesondere innovativer Maßnahmen mittelständischer Unternehmen aus dem Fonds für regionale Entwicklung	70.0.00000	07.0.7300.971.03	0	0	0							neuer Titel
Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7300.271.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapital übertragen.												

Ansatzänderungen

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	2006 in Tsd.EUR											Bemerkungen
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
			Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Voiz.) weniger (-)			
7400 Landwirtschaft und Forsten Betriebsausgaben der Fortsverwaltung Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 07.0.7400.125.03	70.0.00000	07.0.7400.521.01	479	479	0									
Investitionszuschuss an das Benfufs- und Informationszentrum des Gartenbaus übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-070-02	70.0.00000	07.0.7400.892.01	94	-	94								Erforderliche Änderung des bestehenden Haushaltsvermerke in Zusammenhang mit dem Einnahmestitel 7400.125.03. Weitere, vorhandene Haushalts- vermerke bleiben unverändert. neuer Titel	
7500 Strom- und Hafenaufbau Zuschuss an die Hamburg Port Authority zum Verlustausgleich Unterbringung von Baggergut und Trockenaufbahrungen	70.0.00000 70.0.00000	07.0.7500.682.02 07.0.7500.891.02	9.310 51.308	9.667 35.108	-357 16.200									
Gesamtausgaben Gesamt-VE					15.461			0 VE			0			
8.1: Behörde für Inneres														
Einnahmen														
8000 Amt für Innere Verwaltung und Planung Erstattungen vom Bund für die Bundestagswahl	80.0.00000	08.1.8000.231.05	0	1.924	-1.924								Streichung der veranschlagten Ansätze für Bundestagswahlen 2006	
8500 Polizei Einnahme aus dem Verkauf des Grundstücks Am Husanendenkmal Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.811.01. Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.891.01.	80.0.00000	08.1.8500.131.05	0	0	0								Anpassung der haushaltsrechtlichen Vermerke	

Ansatzänderungen

2006																						
in Tsd.EUR																						
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006		Bisheriger Ansatz 2006		Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))		Neue Grundbew. 2006		Bisherige Grundbew. 2006		Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))		Neue VE 2006		Bisherige VE 2006		Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Bemerkungen	
			4	5	6	7	8	9	10	11	12	13										
8550 Feuerlöschwesen und Rettungsdienst Erlöse aus Diensten und wirtschaftlicher Tätigkeit für Dritte 40 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.511.75 08.1.8550.514.75 08.1.8550.525.75 08.1.8550.535.56.	80.0.00000	08.1.8550.125.01	130	130	0																redaktionelle Anpassung; bisheriger Vermerk: Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.511.75 08.1.8550.514.75 08.1.8550.525.75 08.1.8550.535.56.	
Gesamteinnahmen					-1.924																	
Ausgaben																						
8000 Amt für Innere Verwaltung und Planung																						
Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer	80.0.00000	08.1.8000.412.07	0	514	-514																	Streichung der veranschlagten Ansätze für Bundestagswahlen 2006
Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen	80.0.00000	08.1.8000.511.07	0	1.455	-1.455																	Streichung der veranschlagten Ansätze für Bundestagswahlen 2006
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Aus- stattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80.0.00000	08.1.8000.511.66	187	187	0																	redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerkes; bisheriger Vermerk: Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8000.125.01. Der weitere Vermerk bleibt bestehen.
Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8000.125.01																						
Aus- und Fortbildung	80.0.00000	08.1.8000.525.66	42	42	0																	redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerkes; bisheriger Vermerk: Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8000.125.01.
Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8000.125.01																						
Zuschuss an die TÜV Hanse GmbH	80.0.00000	08.1.8000.683.01	0	130	-130										120	0						120 Bedarfsgerechte Veranschlagung der VE
Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für BOS	80.0.00000	08.1.8000.812.16	1.000	1.000	0										25.015	20.015						Bedarfsgerechte Anpassung der VE
8550 Polizei																						
Vergütungen der Angestellten	97.0.00000	08.1.8500.425.70	41.591	42.568	-977																	Umschichtung zur Finanzierung der Maßnahme Objektschutz
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	08.1.8500.435.70	3.744	3.832	-88																	Umschichtung zur Finanzierung der Maßnahme Objektschutz
Versorgungsbezüge der Angestellten	97.0.00000	08.1.8500.435.93	529	441	88																	Umschichtung zur Finanzierung der Maßnahme Objektschutz Bedarfsgerechte Anpassung aufgrund erhöhter Bewirtschaft- ungskosten (1.000 T€) sowie Umschichtung zur Finanzierung der Maßnahme Objektschutz (812 T€)
Bewirtschaftung der Grundstücke	80.0.00000	08.1.8500.517.70	9.652	7.840	1.812																	

Ansatzänderungen

2006													
in Tsd.EUR													
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fisiel)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006		Bisheriger Ansatz 2006		Neue Grundbew. 2006		Bisherige Grundbew. 2006		Sp. 10 - Sp.11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Bemerkungen
			4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Ersatzvormahlen Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 41,51 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.93	80.0.00000	08.1.8500.546.93	3.064	3.064	0	0	0	0	0	0	0	0	Fehlerkorrektur, der firtlich ausgedrachte zweite Vermerk "Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 65,95 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.93." ist zu streichen.
Sicherungsmaßnahmen US - Generalkonsulat	80.0.00000	08.1.8500.710.05	1.700	0	1.700	0	0	0	0	0	0	0	Anpassung der Schutzeinrichtungen für das US Generalkonsulat.
Übertragbar Deckungsfähig im Kapitledeckungskreis KDK-081-8500-05	80.0.00000	08.1.8500.812.30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Einbeziehung in den Deckungskreis KDK 081-8500-05; Vorhandene Haushaltsvermerke bleiben unverändert.
Beschaffung i.R. des Konzepts Innere Sicherheit	80.0.00000	08.1.8500.891.01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Neuer Titel (Leertitel)
Deckungsfähig im Kapitledeckungskreis KDK-081-8500-05	80.0.00000	08.1.8520.514.63	90	90	0	68	90	-22	0	0	0	0	Fehlerkorrektur, die Grundbewilligung (GB) beträgt statt 90 Tsd. Euro 68 Tsd. Euro.
Investitionszuschüsse für Maßnahmen der Polizei	80.0.00000	08.1.8500.632.01	52	52	0	0	0	0	0	0	0	0	neuer Übertragbarkeitsvermerk
Übertragbar													
Gesamtausgaben					436			-22			5.120 VE		
Gesamt-VE													
9.1: Finanzbehörde													
Einnahmen													
9010 Management des Grundvermögens Erbauzinsen (soweit nicht kapitalisiert)	90.0.00000	09.1.9010.124.31	13.875	14.000	-125								
Gesamteinnahmen					-125			0					

Ansatzänderungen

2006												
in Tsd. EUR												
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006	Bisheriger Ansatz 2006	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. weniger (-))	Neue Grundbew. 2006	Bisherige Grundbew. 2006	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. weniger (-))	Neue VE 2006	Bisherige VE 2006	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. weniger (-))	Bemerkungen
Ausgaben												
9020 Haushalt und Aufgabenplanung												
Z 67 Haushaltsmodernisierung												
Bezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	97.0.00000	09.1.9020.422.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Vergütung der Angestellten	97.0.00000	09.1.9020.425.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	97.0.00000	09.1.9020.432.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	97.0.00000	09.1.9020.435.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kostenanteil an Beihilfen	97.0.00000	09.1.9020.441.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Mieten und Pachten	90.0.00000	09.1.9020.518.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	90.0.00000	09.1.9020.525.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen	90.0.00000	09.1.9020.526.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	90.0.00000	09.1.9020.533.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Ersatungen der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von dataport	90.0.00000	09.1.9020.671.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
übertragbar			-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zusatzaufwand der Behörden	90.0.00000	09.1.9020.971.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
übertragbar			-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen.												
9120 Finanzämter												
Bezüge der Beamtinnen und Beamten	97.0.00000	09.1.9120.422.91	100.280	100.179	101							
Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	97.0.00000	09.1.9120.432.91	30.083	30.052	31							
Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	97.0.00000	09.1.9120.432.93	12.857	12.888	-31							
Kostenanteil an den Beihilfen	97.0.00000	09.1.9120.441.91	4.010	4.006	4							
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	91.0.00000	09.1.9120.511.61	4.482	4.461	21							
Gesamtausgaben					126			0			0 VE	
Gesamt-VE												

Ansatzänderungen

2006													
Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Finanzstelle (Top Fistel)	Finanzposition	Neuer Ansatz 2006		Bisheriger Ansatz 2006		Neue Grundbew. 2006		Bisherige Grundbew. 2006		Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		Bemerkungen
			4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Ausgaben													
9600 Schuldendienst													
Zinsen an sonstigen inländischen Kreditmarkt einschließlich Ausgaben für Zinssicherungsgeschäfte	90.0.00000	09.2.9600.575.01	986.416	1.036.416	-50.000								
9650 Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen													
Zurückführung an die Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage	90.0.00000	09.2.9650.913.01	1.420	1.420	0								
Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der über 3,9 Mio. EUR hinausgehenden Einnahmen bei 09.2.9650.111.51 (Neu)													
9710 Personalausgaben - Nebenleistungen													
Beihilfen im Krankheitsfall	90.0.00000	09.2.9710.441.92	6.738	6.725	13								
9810 Zentrale Bezirksangelegenheiten													
Rückstellung für bezirkliche Sofortmaßnahmen	90.0.00000	09.2.9810.971.01	1.000	-	1.000								
Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmengruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen													
9880 Sonstige Einnahmen und Ausgaben													
Globale Minderausgabe Gebäudemanagement (Jesteburg II)	90.0.00000	09.2.9880.549.01	0	-2.600	2.600								
Globale Minderausgabe Energiemanagement (Jesteburg II)	90.0.00000	09.2.9880.549.02	0	-3.000	3.000								
Rückstellung für Mehraufwendungen	90.0.00000	09.2.9880.971.03	53.723	45.723	8.000								
Globale Minderausgabe bei den laufenden Ausgaben	90.0.00000	09.2.9880.972.01	-52.000	-50.000	-2.000								
Globale Minderausgabe Jesteburg III	90.0.00000	09.2.9880.972.11	0	-6.000	6.000								
Globale Minderausgabe für noch nicht konkretisierte Maßnahmen	90.0.00000	09.2.9880.972.14	0	-1.000	1.000								
Gesamtausgaben					-30.387							0	
Gesamt-VE												0	0 VE

Korrektur eines fehlerhaften Haushaltsvermerks; korrespondiert mit 9650.111.51

Einzelplan 3.1 - Behörde für Bildung und Sport

Anlage 3

Produktinformation, Produktbereich: 02, Schulen**Neuberechnung der Kostenkennzahlen "Schülerjahreskosten 2005"****Grund-, Haupt- und Realschulen, Kapitel 3100****(Produktinformationen S. 16/17 und
Druckfehlerberichtigung)**

	Plan 2005
Kosten einer Schülerin/eines Schülers in EUR/Jahr	
Vorschulklassen	3.920
Grundschulklassen	5.194
der Beobachtungsstufe (5./6. Kl.)	5.692
Hauptschulklassen (7.-9.Klassen)	6.925
Realschulklassen (7.-10.Klassen)	6.140
Integrierten HR-Klassen	6.469
Integrative Regelklassen (Mehrbedarf)	1.180
Integrationsklassen	
- der Grundschule	8.328
- der Sekundarstufe I	11.094
in bestehenden Ganztagschulen (Mehrbedarf)	
- Grundschule	1.737
- Beobachtungstufe	1.214
- Sekundarstufe I	1.076
für neue Ganztagschulen (Mehrbedarf, gemäß Drucksache 18/525)	
- Grundschule	867
- GHR	638
ABC-/Vorbereitungs-/Übergangsklassen über alle Schulformen und Schulstufen)	8.511

Sonderschulen, Kapitel 3110**(Produktinformationen S. 20/21)**

	Plan 2005
Kosten einer Schülerin/eines Schülers in EUR/Jahr	
Förderschulen, halbtags	12.230
Förderschulen, ganztags, offen	13.424
Förderschulen, ganztags, voll gebunden	16.207
Schulen für Körperbehinderte, voll gebunden	27.904
Schulen für Geistigbehinderte, voll gebunden	21.983
Schwerst-Mehrfach-Behinderte	33.354
Sprachheilschulen	12.689
Schulen für Sinnesgeschädigte	26.856

Gymnasien, Kapitel 3120**(Produktinformationen S. 24)**

	Plan 2005
Kosten einer Schülerin/eines Schülers in EUR/Jahr	
in der Beobachtungsstufe (5./6. Kl.)	4.989
in der Sekundarstufe I	5.648
in der Sekundarstufe II	6.379
im Abendgymnasium	6.125
in bestehenden Ganztagschulen (Mehrbedarf)	
- Beobachtungstufe	1.172
- Sekundarstufe I	1.034
für neue Ganztagschulen (Mehrbedarf, gemäß Drucksache 18/525), Gymnasium	395
Aufbaugymnasium	6.584
Hansa-Kolleg	8.041
Studienkolleg	7.943

noch Anlage 3

Gesamtschulen, Kapitel 3140**(Produktinformationen S. 27)**

	Plan 2005
Kosten einer Schülerin/eines Schülers in EUR/Jahr	
Vorschulklassen	3.402
Grundschulklassen	4.979
der Sekundarstufe I	5.821
der Sekundarstufe II	6.365
Integrativen Regelklassen (Mehrbedarf)	1.384
Integrationsklassen	
- der Grundschule	7.956
- der Sekundarstufe I	10.734
in bestehenden Ganztagschulen (Mehrbedarf)	
- Grundschule	1.614
- Beobachtungstufe	1.473
- Sekundarstufe I	1.287
für neue Ganztagschulen (Mehrbedarf, gemäß Drucksache 18/525)	
- Grundschule	867
- Gesamtschule ohne Grundschule	633

Berufsschulen, Kapitel 3150**(Produktinformationen S. 30)**

	Plan 2005
Kosten einer Schülerin/eines Schülers in EUR/Jahr	
Berufsfachschule	
- kaufmännisch	5.881
- technisch	5.999
- sozial	5.504
Fachschulen	5.847
Fachschulen, Abendformen	4.038
Fachoberschulen	5.683
Duale Ausbildung Teilzeit	3.013
Technisches Gymnasium -TG	7.050
Wirtschaftsgymnasium - WG	6.605
Berufsvorbereitungsschule - Vollzeit	7.843
Berufsvorbereitungsschule - Teilzeit	3.815

Anlage 4

**Wirtschaftsplan
des Landesbetriebes Winterhuder Werkstätten
(26 Abs.1 LHO)
siehe Haushaltsplanentwurf 2005/2006 Anlage 2.1
Ansatzänderungen 2006**

Titel/Konto Titel/Kontenbezeichnung	Beträge in Tsd. Euro		
	Neuer Ansatz	Bisheriger Ansatz	Mehr (+) Weniger (-)
B. Finanzierungsplan			
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen			
001.3 Sanierung und Modernisierung der Gebäude	643	0	+ 643
Gesamtsumme Finanzbedarf	1.423	780	+ 643
II. Deckungsmittel			
072 Investitionszuschuss aus dem Haushalt	643	0	+ 643
	1.040 VE	0	+ 1.040 VE
Summe Deckungsmittel	1.423	780	+ 643
	1.040 VE	0	+ 1.040 VE

Anlage 5

Stellenplan 2006

Der Stellenplan 2006 wird im Einzelplan 2 - Justizbehörde - wie folgt geändert:

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	2000	1,00	Leitende / Leitender Regierungsdirektorin / Regierungsdirektor B 3 nach Senatsdirektorin / Senatsdirektor B 6	
Sonstige Stellenveränderungen				
2	2100	1,00	Senatsdirektorin/Senatsdirektor B 6	
			Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk:	
			Künftig umzuwandeln in Leitende / Leitender Regierungsdirektorin / Regierungsdirektor B 3 nach Freiwerden der Stelle	

Der Stellenplan 2006 wird im Einzelplan 9.1 – Finanzbehörde - wie folgt ergänzt:

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	9101	1,00	Steueramtfrau / Steueramtmann A 11	
2	9101	2,00	Steuerhauptsekretärin / Steuerhauptsekretär A 8	Drs. 18/2622 Einführung Spielvergnügungssteuergesetz (HmbSpVStG)

Änderung des Haushaltsbeschlusses 2005/2006

1. Artikel 2 „Kreditermächtigungen“ erhält in Nr.4 Absatz 3 folgende Fassung:

„Den Anstalten öffentlichen Rechts, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft Freie und Hansestadt Hamburg waren, sowie der Körperschaft des öffentlichen Rechts „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“, der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH und der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH dürfen Liquiditätshilfen bis zur Höhe von 1.000 Mio. Euro gewährt werden. **Im Rahmen dieses Volumens dürfen im Haushaltsjahr 2006 auch der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt Liquiditätshilfen gewährt werden.** Die Liquiditätshilfen sind grundsätzlich verzinslich. Zur Finanzierung dieser Liquiditätshilfen dürfen im Haushaltsjahr 2005 und im Haushaltsjahr 2006 jeweils zusätzliche Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 1.000 Mio. Euro aufgenommen werden.“

Begründung:

Die Gewährung von Liquiditätshilfen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt führt zu einer Verringerung der dortigen Zinsbelastungen.

2. Die Ermächtigung in Artikel 2c „Übernahme von Sicherheitsleistungen“ wird wie folgt geändert:

- In Art. 2c Nr. 2 erster Spiegelstrich werden hinter dem Wort „Instandsetzungsinvestitionen“ die Wörter „(Haushaltsjahr 2005) bzw. Investitionen (Haushaltsjahr 2006)“ eingefügt.

Begründung:

Die HGV finanziert neben Instandsetzungen auch Neubauten.

- In Art. 2c Nr. 4 wird folgender neuer Absatz eingefügt:
„Zur Gewährleistung weiterer Versorgungszusagen nach Maßgabe des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes in seiner jeweiligen Fassung zugunsten der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH im Haushaltsjahr 2006 bis zur Höhe von 5,1 Mio. Euro.“

Begründung:

Zur betriebswirtschaftlichen Absicherung der Verbindlichkeiten aus Versorgungszusagen und unverfallbaren und verfallbaren Versorgungsanwartschaften nach Maßgabe des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes sind in früheren Jahren gegenüber der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH Garantieerklärungen der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 170,2 Mio. Euro abgegeben worden.

Nunmehr ist eine Umschichtung in den Teilbeträgen der verfallbaren und unverfallbaren Versorgungsanwartschaften von 5,1 Mio. Euro zugunsten der unverfallbaren Anwartschaften erforderlich.

Die Notwendigkeit dieser Anpassung beruht auf der längeren Betriebszugehörigkeit und der Berücksichtigung der Eigenbeträge der Beschäftigten der „Vereinigung“ zur betrieblichen Altersversorgung.

- In Art. 2c Nr.7 werden hinter der Zahl “2005“ die Wörter „bis zur Höhe von insgesamt 250 Mio. Euro“ eingefügt, hinter der Zahl „2006“ das Wort „jeweils“ gestrichen und die Bezeichnung „250 Mio. Euro“ durch die Bezeichnung „300 Mio. Euro“ ersetzt.

Begründung:

Da die Leihgeber von Kunstwerken zunehmend höhere Garantieverpflichtungen verlangen, ist die Anpassung erforderlich, um in den Museen auch künftig qualitativ anspruchsvolle Ausstellungen präsentieren zu können.

- In Art. 2c Nr. 11 werden hinter der Zahl “2005“ die Wörter „bis zur Höhe von insgesamt 480 Mio. Euro“ eingefügt, hinter der Zahl „2006“ das Wort „jeweils“ gestrichen und die Bezeichnung „480 Mio. Euro“ durch die Bezeichnung „940 Mio. Euro“ ersetzt.

Begründung:

Wegen der erst im Laufe des Jahres 2006 erfolgenden Verkäufe im Rahmen des Projektes PRIMO ist bei der VHG KG in 2006 eine Umschuldung in Höhe von 410 Mio. Euro (Rückzahlung eines Gesellschafterdarlehens in 2004 und Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt) erforderlich.

Wegen zeitlicher Verschiebungen bei den Bedarfen/Bürgschaften für die VHG KG müssen außerdem Bürgschaften in Höhe von 50 Mio. Euro zusätzlich zugunsten der HSE gewährt werden.

- In Art. 2c Nr. 19 wird folgender neuer Absatz eingefügt:
„Zugunsten der
– HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung GmbH
– Hamburg Port Authority
im Haushaltsjahr 2006 bis zur Höhe von insgesamt 6,0 Mio. Euro, um deren gesetzliche Verpflichtung zur Insolvenzsicherung ihrer Wertguthaben aus Altersteilzeit abzusichern.“

Begründung:

Die HWF und die HPA haben mittlerweile ebenfalls Altersteilzeitvereinbarungen mit anspruchsberechtigten Beschäftigten abgeschlossen. Zum Nachweis der gesetzlich vorgeschriebenen Insolvenzsicherung der Wertguthaben dieser Beschäftigten ist auch zugunsten dieser Unternehmen eine Sicherheitsleistung vorgesehen.

- In Art. 2c Nr. 21 wird die Bezeichnung "120 Mio. Euro" durch die Bezeichnung "170 Mio. Euro" ersetzt.

Begründung:

Der Landesbetrieb Krankenhäuser Immobilien - Anstalt des öffentlichen Rechts - ist vertraglich verpflichtet, der LBK Hamburg GmbH eine Mindesthöhe des Netto-Um-

laufvermögens zu garantieren. Die Abwicklung erfolgt über ein Gesellschafterdarlehen.

Da die tatsächliche Entwicklung des Netto-Umlaufvermögens nur schwer prognostizierbar ist, wurde für die Änderung des Haushaltsbeschlusses der vertragliche Höchstbetrag zugrunde gelegt.

- Art. 2c Nr. 24 erhält folgende Fassung:
„Zugunsten der Hamburg Messe und Congress GmbH **bis zur Höhe von 35 Mio. Euro in 2006** zur Absicherung ihrer Kreditaufnahme für Erweiterungsinvestitionen HMC“.

Begründung:

Die Hamburg Messe und Congress GmbH finanziert ihre in 2005 begonnene Erweiterungsinvestition (vgl. Drucksache 18/819) kreditär. Um die Kreditkosten zu minimieren, wird die Investition mit einer selbstschuldnerischen Bürgschaft der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 35 Mio. Euro abgesichert. In 2005 wird die Bürgschaftsermächtigung nicht in Anspruch genommen (vgl. Erläuterungen zu 3.5 der Drucksache).

- Art. 2c Nr. 27 erhält folgende Fassung:
„Zugunsten der Hamburg Port Authority zur Absicherung der Risiken- sofern keine gesetzliche Versicherung vorgeschrieben ist – für Schäden an Personen sowie für Schäden an Sachen bis zu einer Höhe von **jeweils 0,5 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2005 und im Haushaltsjahr 2006.**“

Begründung

Redaktionelle Klarstellung, dass die durch Drucksache 18/2332 beschlossene Ermächtigung zur Übernahme von Sicherheitsleistungen jährlich 0,5 Mio. Euro beträgt.

- In Art. 2c wird folgende neue Nr. 30 eingefügt:
„Zugunsten der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH, der Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co und der Unternehmensgruppe der HaGG Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH für Leitungswasserschäden, die von den Objektgesellschaften beseitigt werden müssen, bis zur Höhe von 3 Mio. Euro.“

Begründung:

Die Objektgesellschaften der 1. – 3. Tranche Gebäudemanagement verfügen bisher nicht über eine Absicherung von Leitungswasserschäden, zu deren Beseitigung sie als Eigentümer verpflichtet sind. Durch die Abgabe entsprechender Freihalteerklärungen gegenüber diesen Gesellschaften werden sie bei Leitungswasserschäden so gestellt, als würden die ihnen gehörenden Gebäude weiterhin dem Grundsatz der Selbstdeckung unterliegen.

noch Anlage 6

- In Art. 2c wird folgende neue Nr. 31 eingefügt:
"Zur Gewährleistung bestehender, bisher noch nicht passivierter Versorgungsverpflichtungen bei dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) - Körperschaft des öffentlichen Rechts - bis zur Höhe von insgesamt 30 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2006".

Begründung:

Die mit dem Haushaltsbeschluss 2004, Artikel 14, Ziffer 17 ausgebrachte Ermächtigung zur betriebswirtschaftlichen Absicherung der bisher noch nicht passivierten Versorgungsverpflichtungen des UKE bis zur Höhe von 220 Mio. Euro deckt nicht den gesamten Bedarf und erfordert daher eine Ausweitung des Gewährleistungsrahmens auf insgesamt 250 Mio. Euro

3. Artikel 4 „Übertragung von Mitteln auf andere Titel“ wird wie folgt geändert:

- Art. 4 Nr. 25
„Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus dem Einzelplan 3.1 auf den Einzelplan 4 übertragen oder aus dem Einzelplan 4 auf den Einzelplan 3.1 zurück übertragen werden.“ und

Art. 4 Nr. 26

„Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Beschäftigungsförderung dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde Mittel im Wege der Sollübertragung aus dem Einzelplan 4 auf den Einzelplan 7 übertragen oder aus dem Einzelplan 7 auf den Einzelplan 4 zurück übertragen werden“

werden für das Haushaltsjahr 2006 gestrichen.

Begründung:

Diese Ermächtigungen werden in 2006 nicht mehr benötigt.

- In Art. 4 wird folgende neue Nr. 27 eingefügt:
„Zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Sportförderung ab 1. Januar 2006 und der Verlagerung bezirklicher Dienstleistungen auf Sportvereine dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege der Sollübertragung die frei werdenden Mittel für nicht mehr in den Bezirken für Betrieb und Pflege der öffentlichen Sportplätze eingesetztes Personal aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge der Einzelpläne 1.2. bis 1.8 sowie sächliche Verwaltungsausgaben aus dem Einzelplan 3.1 auf den Titel 3380.684.01 „Zuwendung an Vereine für den Betrieb von Sportplätzen“ übertragen werden.“

Begründung:

Mit der Ermächtigung soll die Möglichkeit geschaffen werden, während der Umsetzungsphase der Rahmenvereinbarung zur Sportförderung die Übertragung der Aufgaben aus frei werdenden Mitteln vornehmen zu können.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Anlage 7.1

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Soll 2006 in Euro
1	Hamburger Sportbund e.V.	
	<u>Ausserordentlicher Haushalt - Zweckgebundene Einnahmen -</u>	
	Mittel Staatslotterien	3.462.400
	Anteil HFV	2.166.500
	Darlehensrückzahlungen	486.700
	HSJ-durchlaufende Gelder	1.226.000
	HSJ-Darlehensstilgung	21.500
	FHH-Verbandstrainer	175.000
	FHH-Nachwuchsförderung	10.000
	FHH-Kooperation Schule/Verein	205.000
	FHH-Fahrtkosten Bundesliga	105.000
	Rückzahlungen	40.000
	Glücksspirale u. sonstige Einnahmen	116.000
	FHH-Substanzerhaltung	128.000
	DSB-Projekt "Integration durch Sport"	161.800
	Jugendarbeit in soz. Brennpunkten	102.000
	FHH-Projekt "Sport gegen Ausf. ..."	41.000
	Sponsor GEK für Gesundheitssport	102.300
	Seniorensportwochen	12.000
	Gesundheitssport	1.000
	Beschäftigungsprogramme	355.300
	FHH-Integrationsmittel	30.000
	FHH-Förderung Azubi	5.400
	Vereinnahmte Rückstellungen	200.700
	Kooperationsprojekte	130.000
	EU-Programm EQUAL	212.800
	<u>Summe der Einnahmen</u>	<u>9.496.400</u>
	<u>Ausserordentlicher Haushalt - Zweckgebundene Ausgaben -</u>	
	VFF vereinseig. Sportanlagen	991.600
	Darlehen-Bau von Sportanlagen	373.000
	Darlehen - Substanzerhaltung	50.000
	Substanzerhaltung - Zuschüsse	306.800
	Übungsleiterzuschüsse	1.127.100
	Fachverbandszuschüsse	1.310.200
	Förderung Leistungssport	1.082.800
	Olympia-Stützpunkt	61.400
	HSJ - Zuschuss	652.900
	HSJ-durchlaufende Gelder	1.226.000
	Glücksspirale / Sportabzeichen	155.500
	Seniorensport	13.000
	Ausschuss "Frauen im Sport"	30.000
	Sport und Umwelt	24.000
	DSB-Projekt "Integration durch Sport"	161.800
	FHH-Projekt "Sport gegen Ausf. ..."	41.000
	Jugendarbeit in soz. Brennpunkten	102.000
	GEK - Gesundheitsprojekte	102.300
	Kooperationsverträge	150.000
	Beschäftigungsprogramme	357.100
	Integrationssport	30.000
	Ausbildungsverbund	12.000
	Ordentl. Haushalt - Entnahme	857.500
	Darlehensübernahme Fußballvereine	65.600
	EU-Programm EQUAL	212.800
	<u>Summe der Ausgaben</u>	<u>9.496.400</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Soll 2006 in Euro
<u>Ordentlicher Haushalt - Allgemeine Erträge -</u>		
	Haus des Sports	268.000
	Sportschule Sachsenwald	388.500
	Beitragsaufkommen HSB	514.000
	Beitragsaufkommen HSJ	68.000
	Sportgroschen / Solidarbeitrag	467.100
	Sonstige Einnahmen	20.000
	Zuwendungsverwaltung	12.000
	Öffentlichkeitsarbeit	25.000
	Entnahme a. d. ausserordl. Haushalt	857.500
	<u>Summen:</u>	<u>2.620.100</u>
<u>Ordentlicher Haushalt - Allgemeine Aufwendungen -</u>		
	Haus des Sports	347.300
	Teilklimaanlage - Tilgung	24.000
	Sportschule Sachsenwald	595.200
	Verwaltung HSB	770.600
	Beiträge	30.000
	Zuwendungsverwaltung	19.900
	Präsidium und Ausschüsse	126.000
	Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen u. Veranstaltungen	197.000
	HSJ-Beiträge	68.000
	Sporthilfe	442.100
	<u>Summen:</u>	<u>2.620.100</u>

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Soll 2006 in Euro
-------------	---------------------------------------------------	----------------------

2 Hamburger Fußball-Verband e.V. (HFV):**A) Verbandsetat****Einnahmen**

Beiträge, Meldegebühren	260.000
Gebühren, Kostenerstattungen	150.000
Strafen	125.000
Zinserträge	4.000
Sonstige Erträge	64.000
Erträge wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	65.000
Summen:	668.000

Ausgaben:

Präsidium und PR	45.000
Personalkosten	200.000
Ruhegelder und Pensionssicherungsverein	72.000
Pensionsrückstellungen	-15.000
Betriebskosten Sportschule Anteil Verband	20.000
Bürobedarf	10.000
Porto und Telefon	12.000
Rechts- und Beratungskosten	30.000
Nebenkosten Geldverkehr	2.000
Sonstige Verwaltungs- und EDV-Kosten	25.000
Tagungs- und Reisekosten, Ehrungen	2.000
Ausgaben wirtsch. Geschäftsbetrieb	60.000
Abschreibungen	185.000
Instandhaltung	10.000
Zinsaufwendungen	10.000
Summen:	668.000

B) Lotto/Toto Fonds**Einnahmen**

Darlehstilgungen	110.000
Zuwendungen	3.185.000
Summen:	3.295.000

Ausgaben

Abgabe an den HSB	1.901.000
Verbandslehreerausschuss	175.000
abzgl. Teilnehmerbeiträge	-70.000
Verbanssportlehrer-Talentförderung	183.000
Jugendausschüsse	230.000
abzgl. DFB-Zuschuss Jugendarbeit	-50.000
Ausschüttung an Vereine	170.000
Spitzensport	17.000
Schiedsrichterausschüsse	117.000
Ausschuss für Frauen/Mädchen	48.000
Spielausschuss	88.000
Ausschuss Freizeit-/Breitensport	30.000
Sportgericht	47.000
Verbandsgericht	22.000
Baumaßnahmen/Instandsetzungen	215.000
hfv-Info	60.000
Betriebskosten Sportschule	112.000
Summe:	3.295.000
Über-/Unterschuss:	-

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
		2003	2004	2005	2006
in Tsd. EUR					
3 <u>Stiftung Deutsches Übersee-Institut (Titel 7200.685.01)</u>					
Einnahme					
	1. Eigene Einnahmen	1.712	998	998	963
	2. Zuwendung Bund *	2.776	2.750	2.750	2.475
	3. Zuwendung Länder *	2.776	2.750	2.750	2.475
	Summe der Einnahmen	7.264	6.498	6.498	5.913
Ausgaben					
	1. Personalausgaben	4.695	4.857	4.857	4.307
	2. Sachausgaben	715	733	733	673
	3. Fachausgaben	1.758	908	908	933
	4. Investitionen	96	-	-	-
	Summe der Ausgaben	7.264	6.498	6.498	5.913

Zusätzliche Informationen:

* Im Ergebnis ist die Abführung von 2,5 % der veranschlagten Zuwendung an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) von je 71,2 Tsd. EUR (Bund/Länder) enthalten. Dieser Betrag wird nicht an das DÜI ausgezahlt, sondern über die Behörde für Wissenschaft und Forschung an die DFG geleitet. Das DÜI hat jeweils 2.775,7 Tsd. EUR direkt als Zuwendung erhalten.

5 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH (Titel 7300.685.08)

Erträge

	1. Zuwendung Hamburg	3.446	3.258	3.258	2.933
	2. Eigene Erträge	160	-	-	30
	Summe der Erträge	3.606	3.258	3.258	2.963

Aufwendungen

	1. Personalaufwendungen	2.022	2.119	2.030	1.943
	2. Sach- und Fachaufwendungen	1.348	1.139	1.228	1.020
	Summe der Aufwendungen	3.370	3.258	3.258	2.963

Zusätzliche Informationen:

Im Ergebnis 2003 ist eine Restzahlung von 72. Tsd. EUR für 2002 enthalten. Aus dem Überschuss 2003 wurde der HWF 2004 zusätzlich eine Zuwendung von 176 Tsd. EUR gewährt.